



www.laender-analysen.de/ukraine

AKTUELLE WIRTSCHAFTSSITUATION LGBT SAWTSCHENKO-URTEIL

■ ANALYSE	Finanzsituation der Ukraine: Schwierige Außenhandelsentwicklung und zögerliche internationale Investoren	2
	Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Aktuelle Finanz- und Wirtschaftsindikatoren	8
■ ANALYSE	Trotz EU-Kurs: Homo- und Transphobie in der Ukraine wachsen	16
	Von Conrad Breyer, München	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Die Akzeptanz homosexueller Menschen in der Ukraine laut Umfragen	20
	Ukrainische LGBT-Organisationen: ein Überblick	22
■ DOKUMENTATION	Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim	24
	Nadja Sawtschenkos Abschlussworte vor Gericht, die sie nicht vorbringen durfte	29
	Internationale Positionen zum Sawtschenko-Urteil	29
■ UMFRAGE	Haltung der russischen Bevölkerung zum Sawtschenko-Urteil	31
■ DOKUMENTATION	Stellungnahmen der OSZE und der EU zu Gewalteskalation in der Ostukraine	32
	UNO: Nach zwei Jahre Konflikt leiden 1,5 Millionen Menschen Hunger in der Ostukraine	32
■ CHRONIK	7. März – 10. April 2016	34



Finanzsituation der Ukraine: Schwierige Außenhandelsentwicklung und zögerliche internationale Investoren

Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

Zusammenfassung:

Die makrofinanzielle Lage der Ukraine bleibt angespannt. Im Rahmen der IWF-Kooperation gibt es erhebliche Unstimmigkeiten. Dies stellt auch zugesagte bilaterale Unterstützungsgelder in Frage. Zudem entwickelt sich der Außenhandel mit Russland und der EU trotz Währungsabwertung schlechter als erwartet. Hierfür ist eine komplexe Mischung länderspezifischer und internationaler Faktoren verantwortlich. Als Folge der schwachen Exportentwicklung könnte das Leistungsbilanzdefizit bei sich »nur« stabilisierenden Importen schon 2016 zunehmen, was neuen Hrywnja-Abwertungsdruck impliziert. Die meisten Auslandsinvestoren betrachten die makrofinanzielle Lage des Staates und großer Firmen weiter mit großer Skepsis. Da bis dato keine substanziellen privaten (Auslands-)Investitionen fließen, wird die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in die Rolle des größten Investors im Land gedrängt. Kurzfristig lässt sich die aktuell prekäre makrofinanzielle Lage kaum verbessern, mittelfristig gibt es indes einige Stellschrauben.

Enttäuschende Handelsentwicklung, wenig kurz- bis mittelfristige Perspektive

Struktur und Umfang des ukrainischen Außenhandels haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Beim Gesamtwert der Exporte lassen sich seit der globalen Krise 2008/2009 grob zwei Phasen unterscheiden. Unmittelbar nach der Krise erholte sich der Export bis 2011/2012 rasch auf das 2008er Niveau von circa 70 Milliarden US-Dollar. Seit 2013 ist jedoch ein Niedergang erkennbar: Im Jahr 2013 schrumpften die Warenexporte um 8 %, 2014 um 15 % und 2015 um beinahe 30 %. In 2015 wurde mit einem Exportwert von 38 Milliarden US-Dollar sogar das Niveau des Krisenjahres 2009 unterschritten. Insgesamt ist der Exportwert in drei Jahren um 44 % eingebrochen. Wir sehen vier Gründe für diesen negativen Trend: Niedrigere Exportpreise, angespannte Handelsbeziehungen mit Russland (bei geringer Kompensation durch Gewinne im EU-Handel), Auswirkungen des Donbass-Konflikts auf die Exportkapazitäten sowie eine Vorsicht (potenzieller) internationaler Partner im Ukraine-Geschäft.

Vor der Krise 2008/2009 stellten Stahl- und Metallurgie-Erzeugnisse 40 % der Exporte dar, 2015 nur noch ein Viertel. In Warenwerten bedeutet dies, dass die Stahlexporte 2015 mit 8–9 Milliarden US-Dollar nur noch einen Bruchteil der Spitzenwerte von 27 Milliarden US-Dollar (2008) oder 22 Milliarden US-Dollar (2011) ausmachen. Seit dem Herbst 2014 sind die Rohstoffpreise global – nicht nur für Öl – massiv abgerutscht, die Metallpreise verloren massiv – von 550 US-Dollar auf 250 US-Dollar pro Tonne Anfang 2016. Zudem sind die Produktionsvolumina im zweiten Halbjahr 2014 um circa 30 % zurückgegangen und haben sich seitdem nicht wieder erholt.

Im Gegensatz hierzu hat der ukrainische Nahrungsmittelexport kontinuierlich und signifikant an Gewicht gewonnen – sowohl anteilig als auch nominal. Vor der Finanzkrise betrug der Nahrungsmittelanteil am Gesamtexport 14 %, nach der Finanzkrise 25 % und in den Jahren 2013 und 2014 stieg der Anteil auf 33 % beziehungsweise 40 %. Nominal wurde der Spitzenwert 2012 mit 18 Milliarden US-Dollar erreicht. 2015 betrug der Export trotz niedriger Agrarpreise noch 14,5 Milliarden US-Dollar (etwa 20 % weniger). Der Export von Agrarprodukten nach Europa lag 2014 mit 4,8 Milliarden US-Dollar leicht über dem Vorjahreswert von 4,6 Milliarden US-Dollar (für 2015 liegen noch keine Werte vor).

Bereits 2014 verbesserte die EU die Einfuhrbedingungen für ukrainische Waren in den EU-Binnenmarkt durch einseitiges Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit der Ukraine. Allerdings sind positive Effekte des EU-Abkommens im Agrarsektor begrenzt, da wichtige Quoten für den zollfreien Import in die EU (etwa für Weizen) sehr gering bemessen sind und bereits in den ersten Monaten des Jahres erfüllt werden. Bei Quotenüberschreitung kann weiter exportiert werden, jedoch fallen dann Importzölle an.

In Bezug auf die Exportdestinationen ist Russland noch immer der wichtigste Exportmarkt für ukrainische Waren. Im Vorjahr (2015) exportierte die Ukraine aber nur noch Güter für knapp 5 Milliarden US-Dollar nach Russland, ein Rückgang um 75 % innerhalb von vier Jahren. Im Jahr 2011 erreichten Exporte nach Russland mit 20 Milliarden US-Dollar und einem Anteil von 29 % am Gesamtexport ihren Spitzenwert (bei einem langjährigen Schnitt von 22–24 %). Durch den Niedergang der bilateralen Handelsbeziehungen kommt Russland nun nur noch auf einen Exportanteil von 13 %.

Zum Vergleich: Die Exporte in die EU und nach Asien sind nominal seit 2011 auch um 25–30 % zurückgegangen. Der jeweilige Exportanteil beider Regionen erhöhte sich jeweils von einem Viertel auf ein Drittel.

Der starke Rückgang im Russlandexport ist das Ergebnis der Rezession in Russland, der Bestrebungen einseitig oder reziprok bilateralen Handel einzuschränken und letztlich auch der Güterstruktur der ukrainischen Exporte. Während 2014 nur 15 % der Nahrungsmittelexporte und 22 % der Stahlexporte in die GUS (als Proxy für Russland) gingen, betrug der Anteil an den Maschinenbauexporten 70 %.

Der Maschinenbau ist mit einem Anteil von rund 15 % der drittgrößte Exportsektor der Ukraine. Mit der Verschlechterung der Handelsbeziehungen zu Russland schrumpften die Exporte dieses Sektors seit 2011 stark – nominal in US-Dollar um 70 %.

Im Ostteil des Landes wurden die zuvor skizzierten Trends durch die Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes verstärkt. Die Exporte der Regionen Donezk und Luhansk gingen von in der Spitze 24 Milliarden US-Dollar (2011) um 80 % auf 4 Milliarden US-Dollar zurück. Der Anteil am Gesamtexport sank von ehemals über 30 % auf 14 % in 2015. Der unmittelbare Zahlenvergleich hinkt, da in 2015 nur noch die von der Ukraine kontrollierten Gebiete statistisch erfasst werden. Dennoch demonstriert er, welchen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Osten des Landes erfahren hat. Stark angestiegen sind hingegen der regionale Exportanteil der Zentralukraine (inklusive Kiew) und in einem geringeren Maße derjenige des südlichen Landesteils. Diese machen derzeit jeweils etwa 30 % der Exporte aus, während der agrarisch geprägte Westteil des Landes mit 12 % noch immer eine untergeordnete Rolle spielt.

Die kurz- und mittelfristigen Aussichten für eine deutliche Exportsteigerung sind begrenzt. Erstens ist der Stahlpreisausblick durch globale Faktoren getrübt, also eine schwache Entwicklung des Welthandels in Bezug auf Preise und Volumina. Diese wird auch hervorgerufen durch Wachstumsprobleme großer aufstrebender Länder bei globalen Überkapazitäten im Rohstoff- und Stahlsektor. Daher wird die Ukraine auf absehbare Zeit in diesem Sektor kaum frühere Exportvolumina und -werte erreichen, sogar wenn sich die politische Lage im Donbass nachhaltig verbessern sollte. Insofern gilt, dass die aktuelle wirtschaftliche und makrofinanzielle Stabilisierung der Ukraine, etwa im Vergleich zu den mittelosteuropäischen Nachbarstaaten, in einem sehr herausfordernden globalen Wirtschaftsumfeld vollzogen werden muss.

Zweitens ist die Konzentration der Maschinenbauexporte auf Russland und die GUS ein schwerwiegendes strukturelles Hindernis beziehungsweise ist es unwahr-

scheinlich, dass eine schnelle und umfassende Umorientierung des Sektors auf westliche Märkte gelingen kann. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund des Ausbleibens von umfassenden Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) westlicher Firmen. Mehr Absatzchancen für ukrainische Industriegüter als in der EU gibt es in Schwellenländern, zum Beispiel in Asien. Aber auch hier ist angesichts der eingetrübten Wachstumsdynamik im asiatischen Raum mit starker Konkurrenz und nur moderaten Zugewinnen zu rechnen. Zudem erfordert die Eroberung neuer Märkte umfangreiche Modernisierungsinvestitionen.

Hinsichtlich des Landwirtschaftssektors ist die Situation erfreulicher. Hier scheinen trotz des herausfordernden lokalen Geschäftsklimas Wettbewerbsvorteile der Ukraine vorzuliegen. Die derzeit hinderlichen Quoten im Export von unverarbeiteten Agrargütern in die EU könnten sich hier längerfristig sogar mittelbar positiv wirken, falls hierdurch Investitionen in die Veredelung und den Export verarbeiteter Lebensmittel angeregt werden. Die Übernahme von EU-Produktstandards könnte dann längerfristig auch die Exportchancen in die EU und auf andere Märkte verbessern.

Durch das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit der EU sehen wir indes wenig kurz- bis mittelfristig wirksame positive Effekte auf die ukrainischen (Agrar-) Exporte. Die skizzierten Trends im Export haben nicht-triviale ökonomische und politische Implikationen. Denn sie unterstützen zumindest kurz- bis mittelfristig in gewisser Weise eher die von russischer Seite vertretene Sichtweise, dass die Ukraine weniger im EU-Handel profitiert, als sie beim Niedergang des Handels mit Russland beziehungsweise den GUS-Staaten verliert. Erst langfristig hat das weitreichende und umfassende Freihandelsabkommen mit der EU ein positives Potential. Dieses kann jedoch nur dann umgesetzt werden, wenn die Ukraine ihr institutionelles Umfeld und damit ihre Konkurrenzfähigkeit deutlich verbessert.

Die Importe der Ukraine sind in hohem Maße eine Funktion des Wechselkurses, der heimischen Nachfrage und der Energie- und insbesondere der Gaspreise. Sowohl die starke Abwertung wie auch die tiefe Rezession haben die Importe einbrechen lassen. Die in 2015 gefallen Gaspreise haben den Importwert ebenfalls gedrückt. Damit sind die Importe – noch stärker als die Exporte – im Jahre 2015 im Vergleich zu 2013 um 55 % zurückgegangen. Dieser Rückgang, auch durch niedrige Gaspreise unterstützt, hat die außenwirtschaftliche Position der Ukraine deutlich verbessert. Dabei hat sich die Struktur des Warenimports weit weniger verändert, als die Exportstruktur. Weiterhin sind 30 % der Warenimporte Energieimporte, rund 20 % entfallen auf chemische Produkte und Maschinen (inklusive Fahr-

zeuge). Hinsichtlich der Importregionen gibt es jedoch Verschiebungen: Der direkte Gasimport aus Russland ist zuletzt stark durch Reimporte russischen Gases aus der EU (vor allem über die Slowakei) ersetzt worden. Dies hat den Anteil der Importe aus der EU gegenüber Russland erhöht.

Der heftige Importrückgang hat eine dringend notwendige Korrektur des nicht nachhaltig hohen Handels- bzw. Leistungsbilanzdefizits erzwungen. Die Handelsbilanz war 2015 nur leicht negativ, die Leistungsbilanz praktisch ausgeglichen. Für 2016 und 2017 erwarten wir indes eine Rückkehr zu Defiziten der Handels- und Leistungsbilanz. Hierfür sprechen die eher schwach prognostizierten Exporte, bei einer erwarteten Stabilisierung der Importe (Ende der Rezession, unterstellte relative Währungsstabilität). Allerdings sollte sich das Leistungsbilanzdefizit im historischen Vergleich noch in einem moderaten Rahmen von 3–4 Milliarden US-Dollar bewegen, was 3,5–4,5 % des BIP entspricht. So wurden etwa 2012 und 2013 (vor der massiven Währungsabwertung) weit größere, nicht nachhaltige Leistungsbilanzdefizite von 8–9 % des BIP erreicht.

Andererseits ist es negativ zu sehen, dass die Ukraine trotz starken Importrückgangs und trotz durch die massive Hrywnja-Abwertung stark gestiegener internationaler preislicher Wettbewerbsfähigkeit keine Außenhandelsüberschüsse erwirtschaften kann. Solche Außenhandelsüberschüsse sind zumindest temporär im Rahmen einer Anpassungsrezession, wie sie in der Ukraine stattgefunden hat, beziehungsweise nach einer heftigen Währungsabwertung, durchaus üblich. Insofern scheinen in der Ukraine limitierende strukturelle Faktoren (geringe Investitionen, erhebliche verbleibende Länder- und Währungsrisiken, massive Probleme bei der Erschließung von Nicht-GUS-Märkten), zyklische Faktoren beziehungsweise reine Preisüberlegungen zu dominieren.

Auch die Netto-ADI entwickelten sich 2015, wie schon 2014, sehr schwach. Ein Großteil des noch vorhandenen verhaltenen Netto-Kapitalzuflusses ist technischer Natur beziehungsweise stellt notwendige Rekapitalisierungen bei den verbleibenden westeuropäischen Banken im Land dar, unter Beteiligung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Diese hat sich im Rahmen von Schulden gegen-Eigenkapital-Tauschtransaktionen substantiell an lokalen Tochterbanken westeuropäischer Banken beteiligt.

Die enttäuschenden ADI-, Außenhandels- und Leistungsbilanzentwicklungen haben nicht-triviale Implikationen auf den fundamentalen Hrywnja-Ausblick beziehungsweise damit gegebenenfalls auch auf das IWF-Programm und letztendlich die gesamtwirtschaft-

lichen Risiken. Denn die skizzierten Trends implizieren weiter einen gewissen fundamentalen Abwertungsdruck. Und dies, während die derzeit verwendeten Annahmen im IWF-Programm über die kommenden Jahren einen USD/UAH Kurs im Bereich von 24–25,5 unterstellen beziehungsweise die Währung derzeit nur mit harten Devisenmarktrestriktionen in diesem Bereich gehalten werden kann. Angesichts der fragilen Gesamtlage erscheint es auch wenig realistisch, dass die harten Restriktionen im Devisenmarkt beziehungsweise der damit verbundene de facto Festkurs des Hrywnja auf absehbare Zeit aufgegeben werden kann. Somit steigt auch das Risiko erneuter heftiger Marktverwerfungen, da gegebenenfalls wie in der Vergangenheit ein nicht nachhaltiger und fester Wechselkurs zu lange, das heißt über 2016–2017 hinaus, künstlich ausgedehnt wird.

Die Devisenbewirtschaftung (mit dem unmittelbarem Ziel, Kapitalabflüsse zu verhindern, die mittelbar aber auch Zuflüsse behindert), die fortgesetzte Unsicherheit bezüglich der Währungsentwicklung sowie die allgemein hohe Länderrisikowahrnehmung sind die wichtigsten praktischen Hindernisse für den Außenhandel und insbesondere für ADI. Gleiches gilt für die damit einhergehende Skepsis gegenüber der Stabilität des Bankensystems. Angesichts der schwachen Entwicklung der Gesamtwirtschaft, der Exporte, der ADI und auch der verbleibenden Wechselkursrisiken, erscheint es auch unwahrscheinlich, dass die Ukraine, trotz gewisser Erfolge in den letzten Jahren, auf absehbare Zeit ihre noch verbleibende hohe Auslandsverschuldung (Staat und privater Sektor) deutlich weiter reduzieren kann beziehungsweise eine nachhaltige außenwirtschaftlichen Position erlangen kann und nicht mehr auf internationale finanzielle Unterstützung angewiesen ist.

Außenschulden: Langfristige Tragbarkeit muss noch hergestellt werden

Hinsichtlich der Auslandsverschuldung sind die Sektoren Staat, Banken und Unternehmen zu unterscheiden. Die Summe der Schulden dieser Sektoren hatte kurz vor der Maidan-Revolution (4. Quartal 2013) ihren Höhepunkt erreicht (142 Milliarden US-Dollar), seitdem geht sie zurück. Bis Ende 2015 ist die Auslandsverschuldung nominell um circa 20 Milliarden US-Dollar oder 15 % gefallen (in Relation zum BIP hat sich der externe Schuldenstand durch die Währungsabwertung massiv von 80 % auf 130 % erhöht).

Der nominale Schuldenabbau (»externes Deleveraging«) ist jedoch zwischen den Wirtschaftssektoren sehr ungleichmäßig verteilt. Ukrainische Banken reduzieren ihre Außenschulden seit 2009 massiv, bei einer gewissen Stabilisierung 2013–2014 und einem erneuten Rückgang 2015. Von einem nicht nachhaltigen Spit-

zenwert in 2008 von über 40 Milliarden US-Dollar hat der Sektor inzwischen fast drei Viertel seiner Schulden zurückgezahlt oder restrukturiert. Der Unternehmenssektor hat seine Auslandsschulden im gleichen Zeitraum ebenso um 20 Milliarden US-Dollar reduziert. Dieser fortgesetzte Schuldenabbau stabilisiert zwar die makrofinanzielle Position des Landes kurzfristig. Gleichzeitig ist der Schuldenabbau aber angesichts schwacher Investitions- und ADI-Volumina auch Ausdruck schlechter Investitionsbedingungen sowie fehlender Wachstumsperspektiven. Ohne hinreichend investitionsinduzierte Exporteinnahmen bleibt damit die außenwirtschaftliche Position der Ukraine langfristig sehr fragil.

Anders als die privaten Auslandsschulden haben sich die Staatsschulden im Ausland entwickelt. Sie haben sich seit der Finanzkrise 2008/2009 auf 36 Milliarden US-Dollar verdreifacht, seit dem »Maidan« sind sie um 6 Milliarden US-Dollar angestiegen. Die Restrukturierung internationaler Staatsanleihen mit einem Schuldenschnitt von circa 20 % im vierten Quartal 2015 hat den staatlichen Schuldenstand nur marginal gedrückt. Die externen Staatsschulden sind zuletzt durch die mit dem seit 2014 bestehenden IWF-Programm verbundenen öffentlichen Kredite und Garantien der USA und der EU (und anderer bilateraler Geber) angestiegen. Die Erhöhung der Währungsreserven mit IWF-Mitteln hat zudem die Außenschuld der Zentralbank seit 2013 um 5 Milliarden US-Dollar ansteigen lassen.

Das Problem der hohen Schuldenlast im öffentlichen Sektor wird kurz- bis mittelfristig durch zwei Faktoren etwas entschärft. Die Restrukturierung der internationalen Staatsschulden hat zwar die ausstehenden Schulden nur wenig gesenkt, jedoch beginnen die Rückzahlungen erst 2019. Bis dahin müssen »nur« Zinsen gezahlt, keine Tilgung geleistet werden. Zudem hat sich in den letzten Jahren die Kreditaufnahme weg vom Markt zu den öffentlichen Kreditgebern verschoben. Hier stehen 2016/2017 wenige Rückzahlungen an, und bei gewissen Reformleistungen der Ukraine ist hier mit Anschlussfinanzierungen zu rechnen.

Dennoch gibt es erhebliche kurz- und mittelfristige finanzielle Risiken für den ukrainischen Staat: Die Kredittranchen des IWF und davon abhängige Zahlungen der EU und Garantien der USA stocken derzeit aufgrund der mangelnden Reformen und der politischen Krise in der Ukraine. Seit September 2015 ist das derzeit laufende IWF-Abkommen eingefroren, und vor den Sommermonaten ist hier kaum mit Kompromisslösungen zu rechnen. Dies birgt fiskalische Risiken, da das ukrainische Haushaltsdefizit von geplant 3–4 % des BIP in 2016 teilweise durch ebendiese Kredite gedeckt werden soll (die IWF-Tranchen selbst sollen weiter in die Währungsreserven fließen).

Derzeit hat die Ukraine keinen Zugang zu internationalen Anleihemärkten, während der heimische Anleihenmarkt trotz starker Nachfrage nach Fremdwährungsanleihen nach lokalem Recht langfristig zu klein für die Finanzierung des Budgetdefizits ist. Daher muss die Ukraine auf absehbare Zeit wieder Anleihen am internationalen Markt platzieren können; gemäß dem IWF-Abkommen schon 2017 und spätestens sobald die Refinanzierungserfordernisse ab 2018/2019 wieder ansteigen. Die Rückerlangung des Marktzugangs wird sich allerdings mit einer fragilen und/oder sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Position als schwierig gestalten.

In diesem Kontext ist zu betonen, dass die Skepsis vieler Investoren gegenüber der Ukraine weiter hoch bleibt. Nach der Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten im Herbst letzten Jahres war die Ukraine zunächst nicht mehr im Fokus internationaler Investoren. Angesichts des kurzfristigen Puffers durch die Umschuldung sind die Renditen auf international gehandelte ukrainische Staatsanleihen sogar leicht gefallen. Getrieben durch die schwierige innenpolitische Lage sowie wieder zunehmende Skepsis in Bezug auf die langfristige Schuldentragfähigkeit liegen die Renditen wieder bei knapp 10 %, auch ohne den Auslandsschuldenstreit zwischen der Ukraine und Russland, der keine direkten Marktimplikationen hat. Dies ist im Kontext des aktuellen globalen Niedrigzinsumfelds ein hoher Wert und deutet auf erhebliche Risiken hin, da solch ein Verzinsungsniveau Länder wie Ägypten oder der Irak aufweisen. Solche Renditeniveaus deuten auch auf erhebliche Länderrisikoprämien am Finanzmarkt hin. Diese wiederum erschweren notwendige Investitionen beziehungsweise ADI in der Realwirtschaft beziehungsweise machen sie fast präventiv teuer (denn jede Investition muss mindestens mehr abwerfen, als diese hohe Prämie auf Staatspapiere).

Desweiteren wiesen kurzlaufende Anleihen teilweise wieder eine höhere Verzinsung auf, als länger laufende Anleihen. Solch eine gemäß normalen Marktstandards verzerrte Preisstruktur deutet auch auf zunehmende Überschuldungs- und Restrukturierungsrisiken hin. Mittelfristig sind die hier erkennbaren Marktsignale nicht zu unterschätzen. Einerseits deutet sich an, dass die letzte Umschuldung wohl zu gläubigerfreundlicher war, andererseits ist die Ukraine gemäß des IWF-Programms bereits im Jahr 2017 auf substantielle Marktfinanzierungen angewiesen.

Genauso wie der Staat haben einige große und international tätige ukrainische Firmen in den letzten Monaten ihre Auslandsschulden beziehungsweise internationalen Anleihen umgeschuldet – auch mehr oder weniger im Konsens mit den Gläubigern. Allerdings sind einige

dieser Firmen innerhalb weniger Jahre durch mehrmalige Umschuldungen aufgefallen. Dieses eher seltene Muster sorgt dafür, dass selbst auf notleidende Firmen beziehungsweise Exposures konzentrierte Spezialisten sehr vorsichtig in Bezug auf finanzielle Engagements mit Ukraine-Konnex sind; und der zuvor skizzierte erneute Druck auf der Staatsfinanzierungsseite nährt auch die Sorge um erneute Firmenumschuldungen.

Die Finanzierungsvolumina westlicher und vor allem westeuropäischer Banken mit Ukraine-Bezug entwickeln sich weiterhin sehr verhalten, auch wenn sich die Dynamik der Reduktion etwas verlangsamt hat. Derzeit haben westliche beziehungsweise westeuropäische Banken circa 14 Milliarden US-Dollar Finanzierungen mit Ukraine-Bezug (lokale oder grenzüberschreitende Finanzierungen ausstehend). In der Spitze hatten westliche beziehungsweise westeuropäische Banken Forderungen von circa 40 Milliarden US-Dollar mit Ukraine-Bezug.

Konstanter in ihren Ukraine-Finanzierungen zeigen sich aus vielerlei Gründen bisher Banken mit russischem Kapital, deren Marktanteile in der Ukraine sogar in den letzten Jahren ansteigen, beziehungsweise das Exposure russischer Banken mit Ukraine-Bezug liegt derzeit noch um die 20 Milliarden US-Dollar. Diese hohe Abhängigkeit von russischer Finanzierung steht weiterhin im Gegensatz zu der aktuellen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Ukraine, ohne dass hier allerdings unmittelbares Konfliktpotential entsteht. Die Notenbank der Ukraine behandelt die lokal registrierten Töchter russischer Banken gleichwertig zu anderen großen Marktakteuren, während die ukrainischen Tochterbanken russischer Kreditinstitute bis dato problemlos notwendige und substanzielle Rekapitalisierungsmittel von ihren russischen Konzernmüttern erhalten haben.

Die skizzierte Vorsicht von westlichen Investoren und Banken erschwert allerdings eine Stabilisierung der makrofinanziellen Situation. Gemäß IWF-Planung ist die Ukraine in den kommenden Jahren pro Jahr auf externe private Finanzierungsvolumina im Bereich von 5–7 Milliarden US-Dollar (davon 1–2 der Staat) angewiesen. Solche Summen erscheinen im Lichte aktueller Trends als zu optimistisch. Zudem gibt es auch Limitation bei anderen potenziellen Geldgebern, etwa der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE).

Finanzielles Engagement der EBWE: Substanziell, aber mit Limitationen

Prinzipiell hat sich die EBWE in der Ukraine in den letzten Jahren substanziell engagiert. Über die letzten Jahre (auch in 2014 und 2015) hat die EBWE im Schnitt pro Jahr circa 1 Milliarden Euro in der Ukraine inves-

tiert. Dies entspricht etwa den Summen, die der Ukraine netto als »reale« ADI pro Jahr zufließen. In den skizzierten EBWE-Finanzierungsvolumina sind auch substanzielle Transaktionen eingeschlossen, wie etwa eine Finanzierung über 300 Millionen US-Dollar für Naf-togaz (zweckgebunden für den Einkauf von Gas auf westeuropäischen Märkten zur Aufstockung der Gasreserven). Gerade bei solchen großvolumigen Transaktionen achtet die EBWE sehr genau auf eine transparente Abwicklung beziehungsweise solide Praktiken der Unternehmensführung. Neben dieser Transaktion mit durchaus politischer Komponente hat die EBWE 2015 vor allem substanzielle Summen in den ukrainischen Bankensektor investiert (circa 380 Millionen Euro) beziehungsweise sich an zwei wichtigen ausländischen Kreditinstituten substanziell beteiligt (40 % Kapitalanteil an der UkrSibbank/BNP Paribas und 30 % an der Raiffeisen Bank Aval).

Mit dem substanziellen Engagement im Bankensektor möchte die EBWE den Reform- und Umstrukturierungsprozess in einem der Wirtschaftssektoren unterstützen, in dem es bis dato wohl mit die meisten Fortschritte gab. Angesichts der geringen Wirtschaftsleistung der Ukraine haben die substanziellen Investitionen der EBWE zur Folge, dass die Institution dort mittlerweile deutlich überproportional engagiert beziehungsweise wohl zum größten Auslandsinvestor geworden ist. In Relation zum BIP beträgt das laufende Engagement der EBWE in der Ukraine 6,3 %. Das langfristig aggregierte Engagement (hier sind auch bereits ausgelaufene Projekte eingeschlossen) liegt sogar bei circa 12 % des aktuellen BIP. In Vergleichsländern werden hier nur Werte von 0,5–1 % (laufendes Engagement) beziehungsweise 2–5 % aggregiertes Engagement erreicht.

Insofern ist das Engagement der EBWE in der Ukraine bereits substanziell, das heißt hier gibt es nicht-triviale Limitationen in Bezug auf eine weitere Ausdehnung. Erstens hat auch eine Institution wie die EBWE Rücksicht auf (Länder-)Risikoberlegungen zu nehmen, trotz ihrer Rolle als langfristiger, strategischer Investor zu Zeiten heimischer und internationaler Investitionszurückhaltung. Kritische Entwicklungen diesbezüglich wurden zuvor schon skizziert. Zweitens ist das EBWE-Engagement in der Ukraine schon heute von einem eher geringen Anteil der Privatwirtschaft im Gesamtportfolio geprägt (circa 53 % im Gegensatz zu circa 80 % im Schnitt weiterer wichtiger EBWE-Länder). Insofern wäre hier wohl auch erst eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage und eine umfassende Privatisierung notwendig, um mehr privatwirtschaftliche Engagements eingehen zu können und so insgesamt das Engagement ausweiten zu können.

Risiken aktueller Entwicklungen und Optionen zur Stärkung der makrofinanziellen Position

Die durch mehrere Faktoren begründete schwache Entwicklung der ukrainischen Exporte beziehungsweise das Risiko zur Rückkehr beträchtlicher Leistungsbilanzdefizite erschweren die nachhaltige Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft. Auch eine zukünftige (Re-)Finanzierung ukrainischer Staatsschulden ohne öffentliche ausländische Unterstützungsgelder wird so schwieriger. Die im Vergleich zu manchen Erwartungen schwache Außenhandelsentwicklung, vor allem mit der EU, kann zudem transformationskritische Kräfte in der Ukraine unterstützen. Die schwache makrofinanzielle Position, die auch das Risiko einer weiteren Währungsabwertung und damit weiterer massiver Wohlstandsverluste der heimischen Bevölkerung impliziert, kann ebenso transformationskritische Kräfte fördern.

Insofern hat eine Stärkung der makrofinanziellen Situation der Ukraine über das IWF-Abkommen und ökonomische Überlegungen (etwa über stärkere Exporte und höhere Auslandsinvestitionen) hinausgehend auch wichtige politische Implikationen. Zur Stärkung des Außenhandels der Ukraine wäre eine aktivere Förderung des EU-Handels, bei Überwindung traditioneller protektionistischer Überlegungen etwa im Agrarhandel, angezeigt. Zudem muss zur Stärkung der makrofinanziellen Position ein größerer Teil der Unternehmensfinanzierung durch Eigenkapitalinvestitionen nationaler und internationaler Investoren erfolgen. Hierzu wären einerseits eine aktive ADI-Förderung und Absicherungs-

möglichkeiten notwendig, andererseits muss sich für mehr risikobehaftete Eigenkapitalinvestitionen auch die Situation im Land nachhaltig stabilisieren. Denn die hohen Auslandsschulden der Ukraine im privaten Sektor drücken auch die bisherige Neigung zu Fremdkapitalfinanzierungen über Offshore-Standorte – auch lokaler Investoren – aus, die im Vergleich zu Eigenkapitalinvestitionen besser abgesichert sind.

Neben einem verbesserten Marktzugang in die EU sollte die Ukraine zudem aktiv an pragmatisch-konstruktiv gestalteten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland beziehungsweise der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) arbeiten und hier nicht auf mögliche Fortschritte auf EU-EEU Ebene setzen, die derzeit eher unwahrscheinlich sind. Solch ein pragmatischer Ansatz erscheint angesichts der weiter wichtigen Rollen von russischem Kapital im Bankensektor sowie der immer noch wichtigen Rolle Russlands im Außenhandel angezeigt. Insofern sollte von hastigen Strafbeziehungsweise Sanktionsaktionen im Wirtschaftsbereich Abstand genommen werden. Eine pragmatische Position im bilateralen Schuldenstreit mit Russland – obwohl derzeit wenig relevant für den Finanzmarkt – erscheint ebenfalls ratsam, da hier Russland durch die Anerkennung der 3 Milliarden US-Dollar als vorrangig bilateraler Schuldenposition zwischen zwei Staaten die deutlich stärkere Rechtsposition innehat. Sollte Russland hier das Recht zur Pfändung ukrainischer Auslandsvermögenswerte erhalten, würde dies die wirtschaftliche Stabilisierung der Ukraine und die Rückkehr zu internationaler Marktfinanzierung nicht erleichtern.

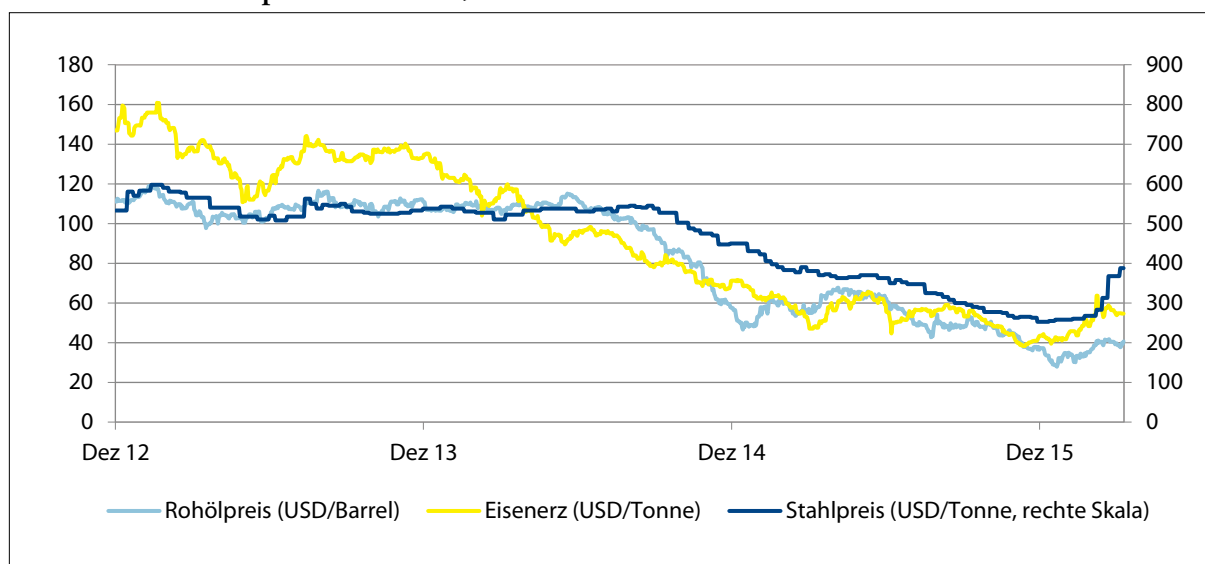
Über die Autoren:

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), einer der größten in der Ukraine tätigen Auslandsbanken, die in Wien sitzt.

Andreas Schwabe ist Senior Economist in der Osteuropaanalyse der RBI mit einem Fokus auf der Ukraine bzw. der GUS-Region.

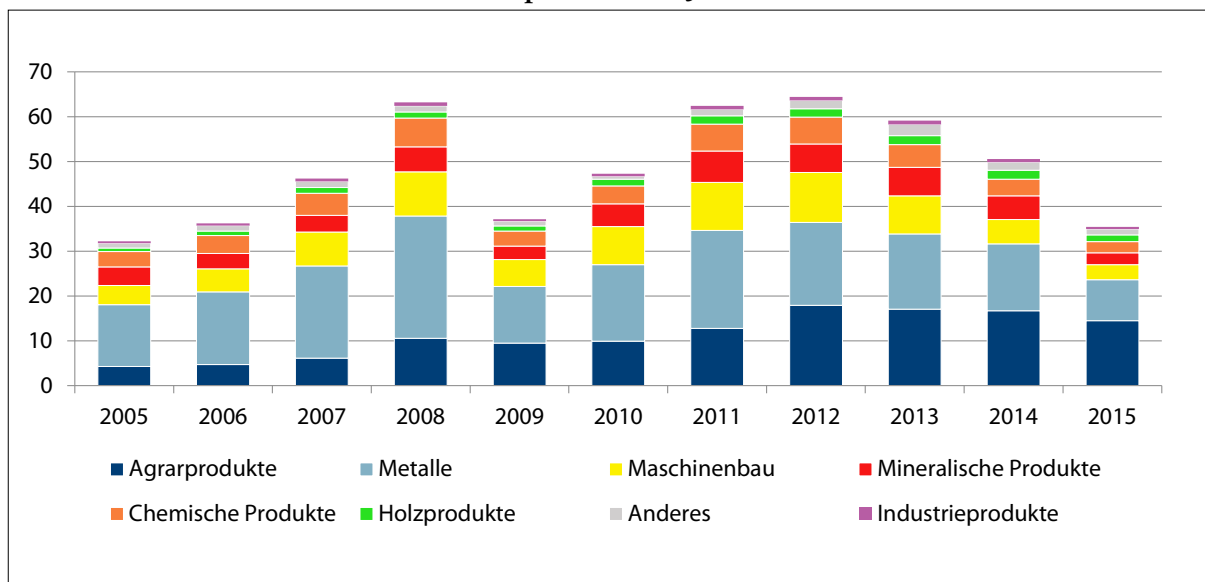
Aktuelle Finanz- und Wirtschaftsindikatoren

Grafik 1: Rohstoffpreise für Rohöl, Eisenerz und Stahl seit Dezember 2012



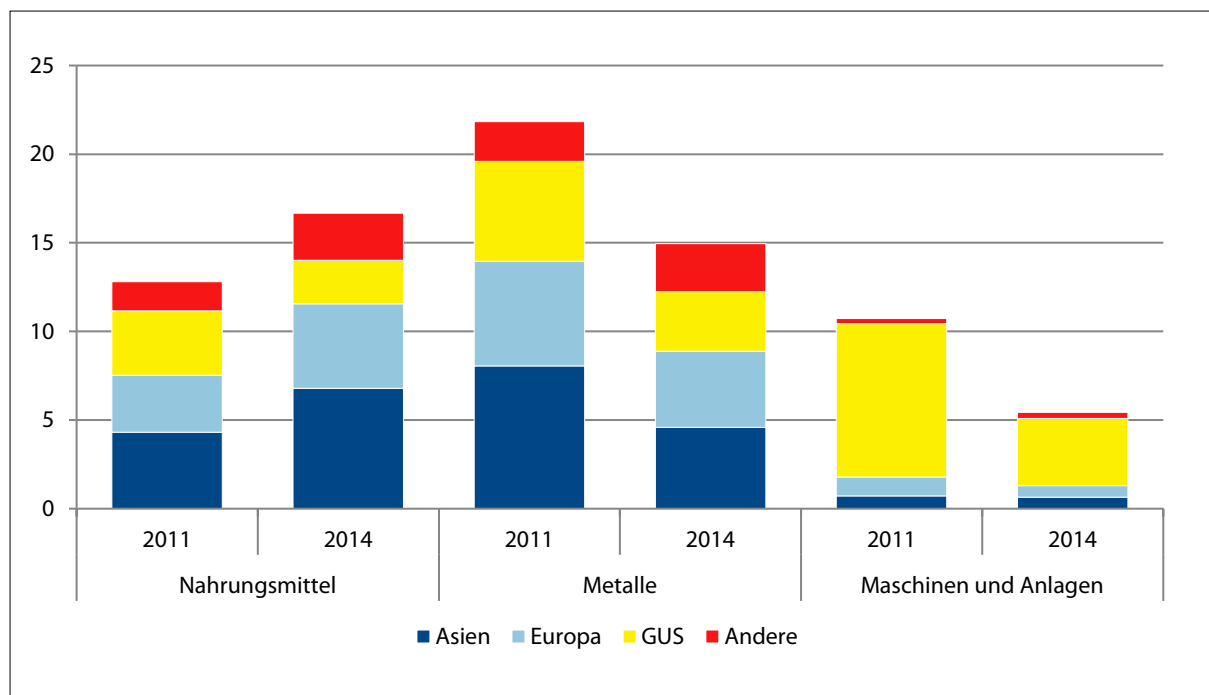
Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 2: Struktur der ukrainischen Exporte in den Jahren 2005–2015, Mrd. US-Dollar



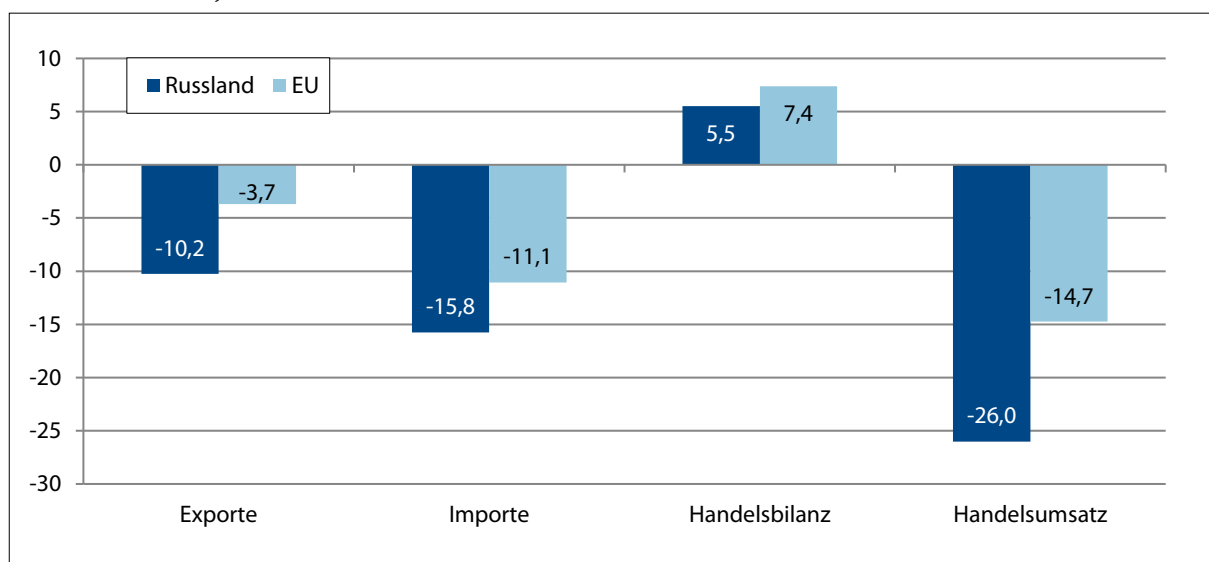
Quelle: Ukrainische Nationalbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 3: Entwicklung wichtiger Exportsektoren in den Jahren 2011 und 2014 im Vergleich, Mrd. US-Dollar



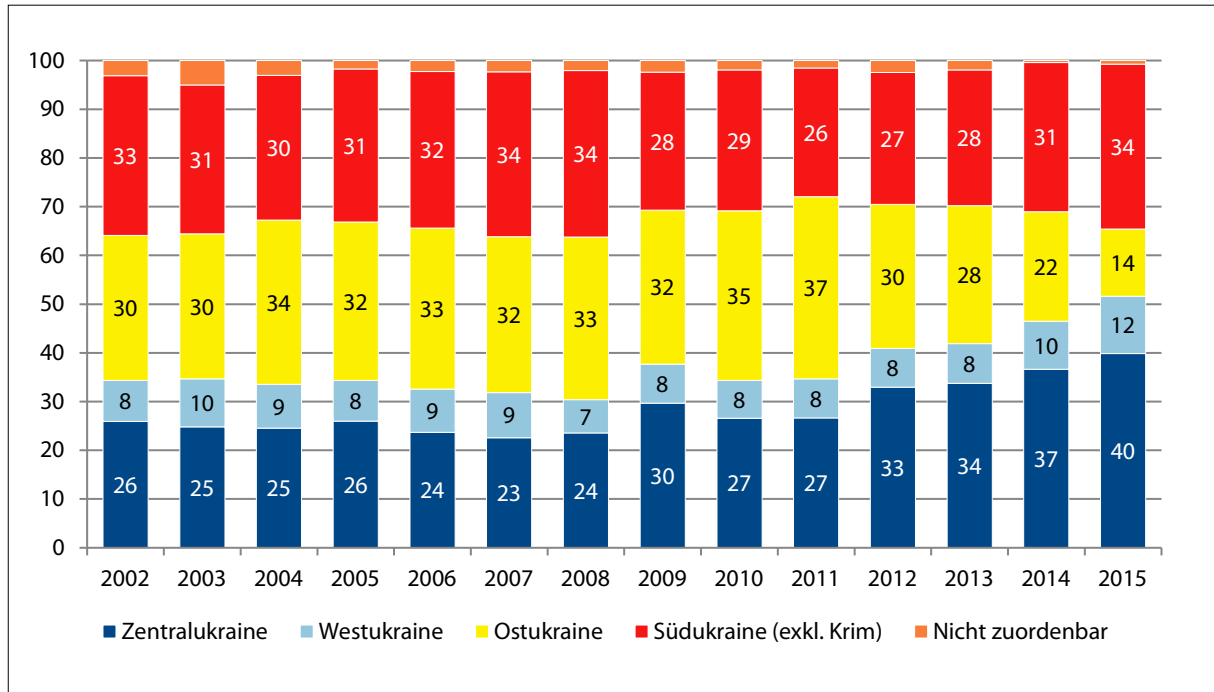
Quelle: Ukrainische Nationalbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Güterhandel der Ukraine mit Russland und der EU im Jahr 2015 im Vergleich zu 2013, Mrd. US-Dollar



Quelle: Thomson Reuters, RBI/Raiffeisen RESEARCH

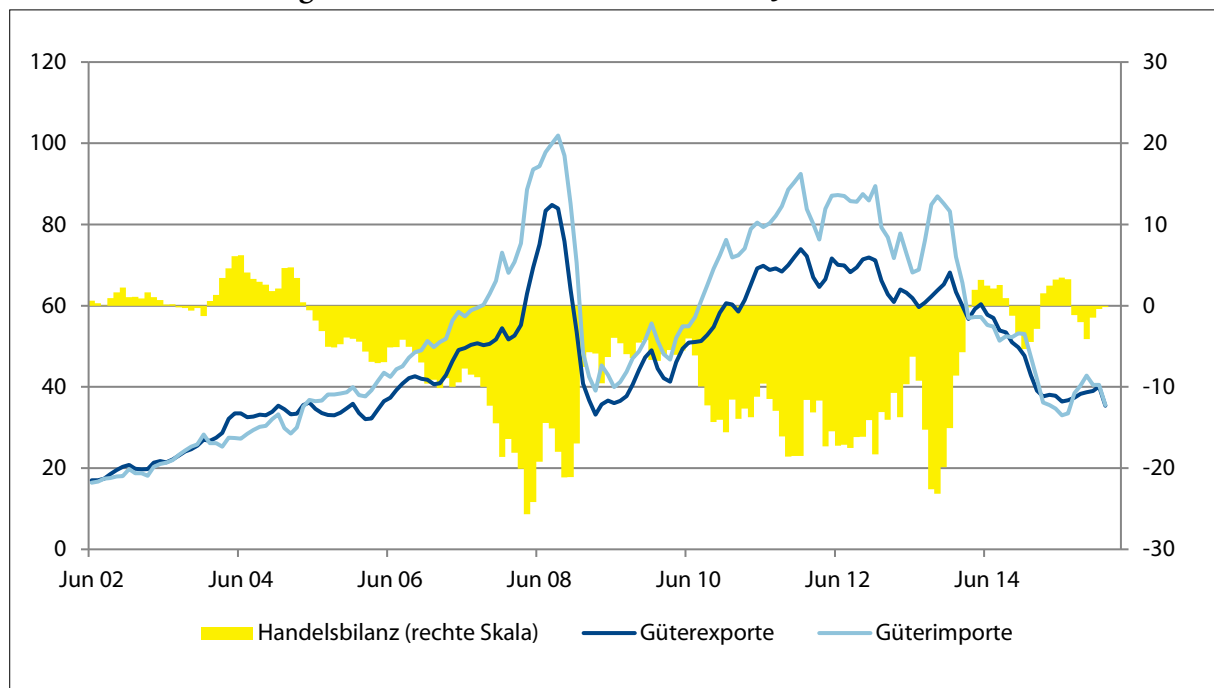
Grafik 5: Anteile ukrainischer Regionen* am Export in den Jahren 2002–2015, %



* Ab 2014 ohne Krim, Sewastopol und nicht kontrollierte Gebiete in Luhansk und Donezk

Quelle: Thomson Reuters, RBI/Raiffeisen RESEARCH

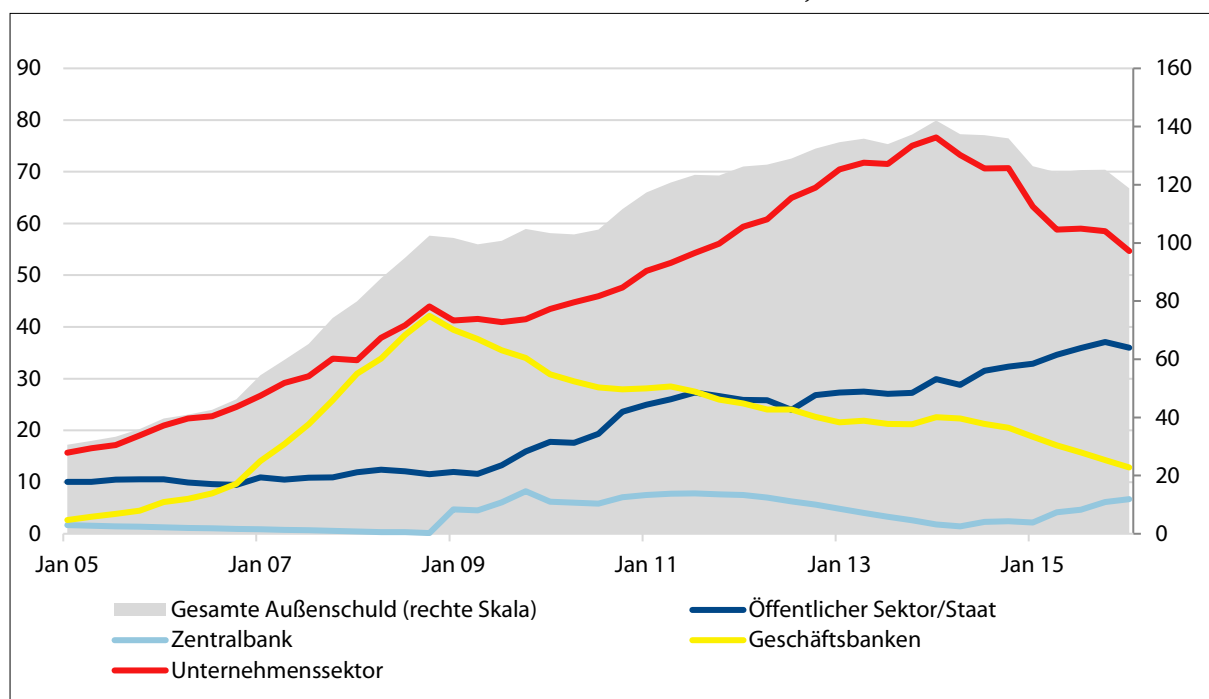
Grafik 6: Entwicklung der Handelsbilanz der Ukraine seit Juni 2002, Mrd. US-Dollar



* 3-Monats gleitender Durchschnitt, annualisiert

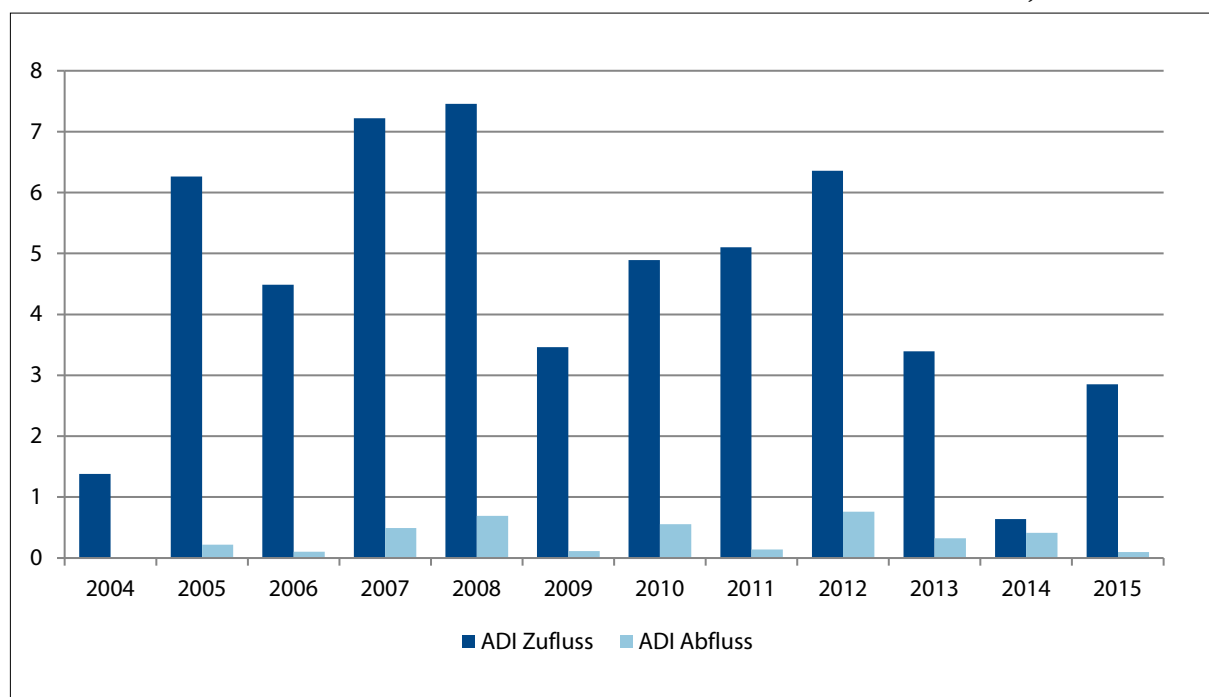
Quelle: Thomson Reuters, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 7: Bruttoaußenschulden der Ukraine nach Schuldnern, Mrd. US-Dollar



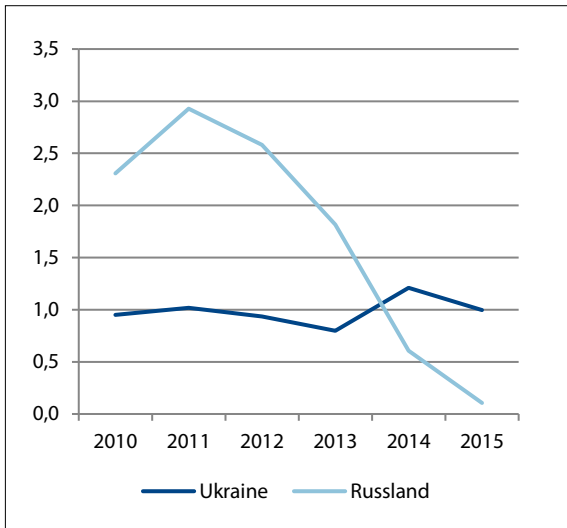
Quelle: Ukrainische Nationalbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 8: Zu- und Abfluss der ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine, Mrd. Euro



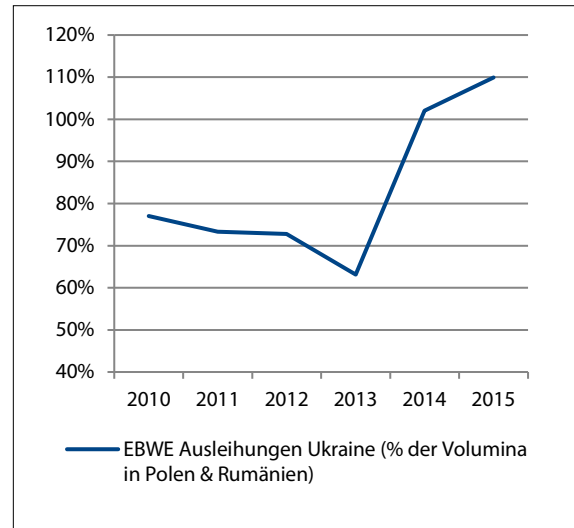
Quellen: nationale Quellen, wiw, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 9: EBWE Ausleihungen an die Ukraine und Russland im Vergleich, Millionen Euro



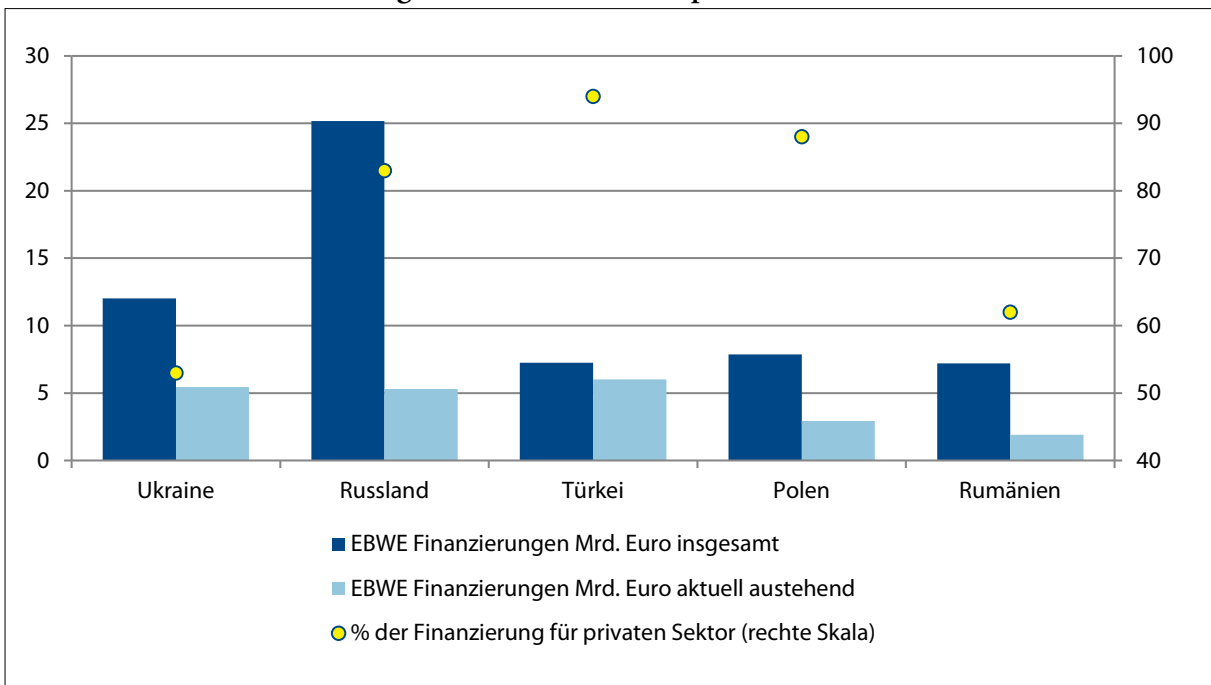
Quelle: EBWE, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 10: EBWE Ausleihungen an die Ukraine im Vergleich mit Polen und Rumänien

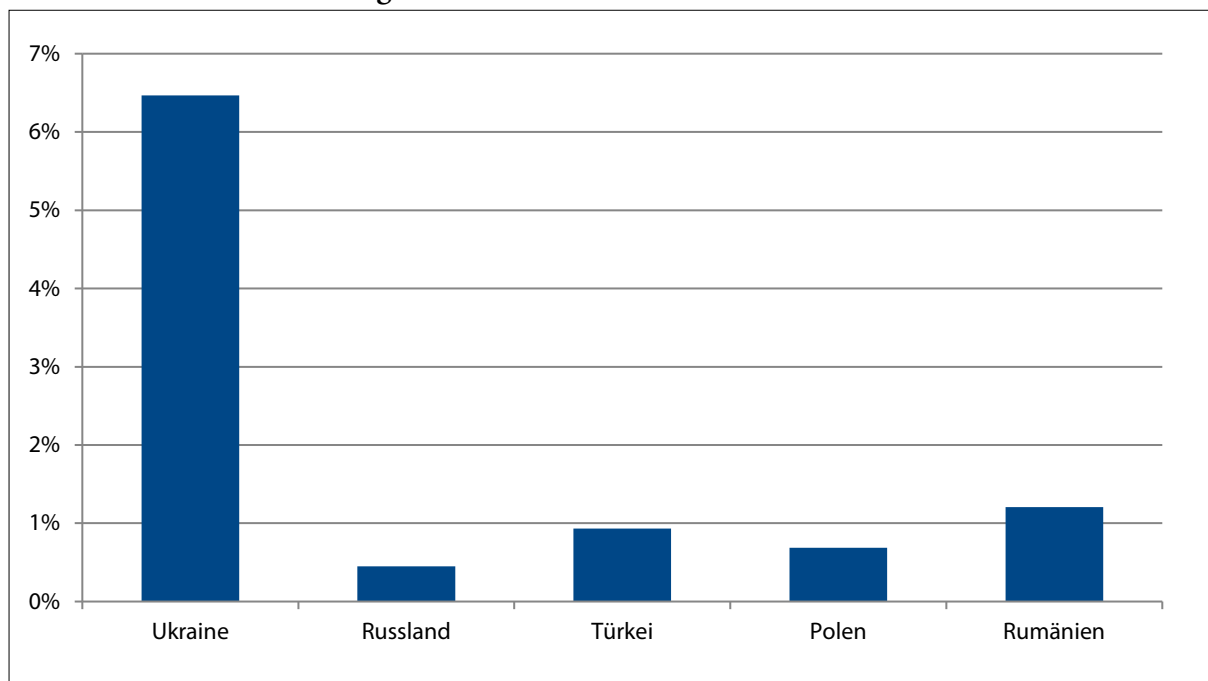


Quelle: EBWE, RBI/Raiffeisen RESEARCH

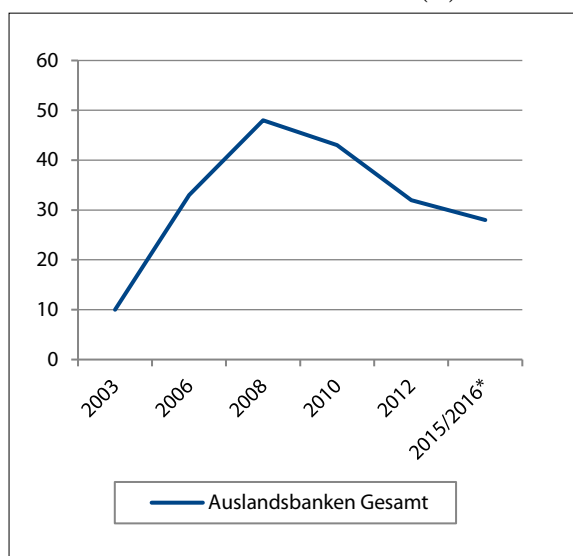
Grafik 11: EBWE Finanzierungsvolumina und Anteil privater Sektor



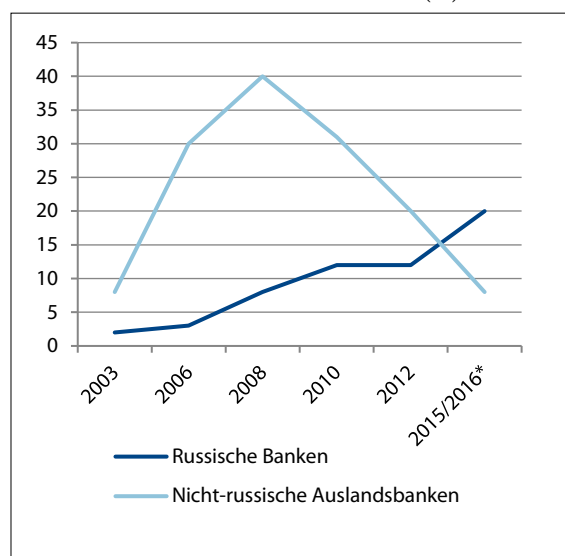
Quelle: EBWE, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 12: EBWE Ausleihungen aktuell, in % des BIP 2015

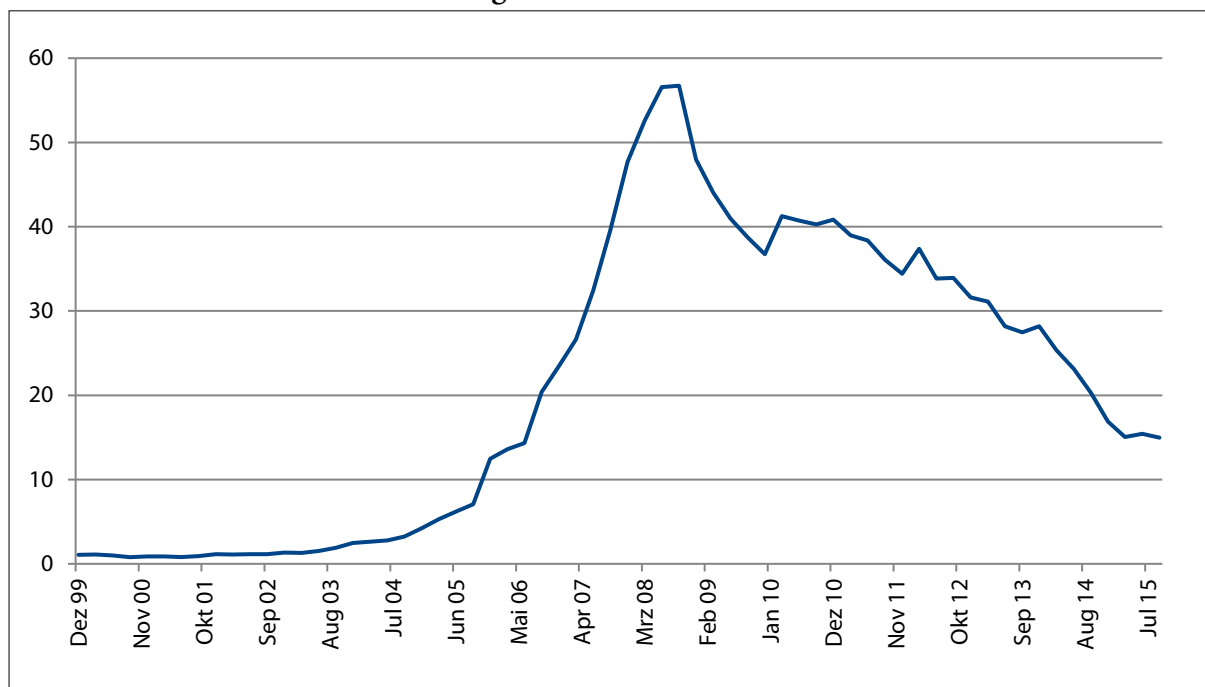
Quelle: EBWE, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 13: Marktanteile der Auslandsbanken am Bankensektor der Ukraine (%)

Quelle: NBU, Firmenangaben, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 14: Marktanteile der russischen Banken am Bankensektor der Ukraine (%)

Quelle: NBU, Firmenangaben, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 15: Internationale Finanzierungen westlicher Banken in die Ukraine*, Mrd. US-Dollar

* Konsolidierte cross-border claims gemäß den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Quelle: BIZ, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 16: Verzinsung ukrainischer Staatsanleihen in US-Dollar seit März 2011, %

* Länder mit erheblichen ökonomischen und politischen Risiken: Pakistan, Nigeria, Ägypten, Irak

Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Tabelle 1: Ukraine: Wichtige Wirtschaftsindikatoren und -prognosen

	2011	2012	2013	2014	2015	2016e	2017f
Nominales BIP (Mrd. EUR)	116,9	135,2	135,3	99,9	81,4	78,3	84,8
Reales BIP (% p. a.)	5,5	0,2	0,0	-6,6	-9,9	1,5	2,0
Industrieproduktion (% p. a.)	8,0	-0,7	-4,3	-10,1	-13,0	3,0	4,0
Arbeitslosenquote (Durchschnitt, %)	8,7	8,2	7,8	9,7	11,5	11,0	10,0
Bruttoindustrielöhne (% p. a.)	20,9	14,8	7,9	6,0	20,5	14,6	15,0
Produzentenpreise (Durchschnitt, % p. a.)	19,0	3,6	-0,1	17,1	36,0	7,9	9,0
Verbraucherpreise (Durchschnitt, % p. a.)	8,0	0,6	-0,2	12,1	48,7	14,1	12,9
Verbraucherpreise (Dez., % p. a.)	4,6	-0,2	0,5	24,9	43,3	14,0	9,0
Konsol. Budgetsaldo (% des BIP)	-1,8	-3,8	-4,4	-4,9	-2,3	-3,5	-3,0
Öffentliche Verschuldung (% des BIP)	36,4	37,1	40,7	52,9	72,6	81,3	84,9
Warenexporte (Mrd. USD)	62,4	64,4	59,1	50,6	35,4	33,0	35,0
Warenimporte (Mrd. USD)	80,4	86,3	81,2	57,7	38,7	40,0	45,0
Leistungsbilanz (% des BIP)	-6,3	-8,2	-9,2	-3,5	-0,2	-3,4	-4,7
Offizielle Devisenreserven (Mrd. EUR)	24,5	18,6	14,8	6,2	12,2	16,5	18,6
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP)	77,6	76,5	79,3	95,2	131,5	142,9	142,5
EUR/UAH (Jahresdurchschnitt)	11,1	10,4	10,8	15,9	24,3	29,5	31,1
USD/UAH (Jahresdurchschnitt)	8,0	8,1	8,2	12,0	22,0	26,8	29,4

Quelle: Nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Trotz EU-Kurs: Homo- und Transphobie in der Ukraine wachsen

Von Conrad Breyer, München

Zusammenfassung

Jahrzehntelang hat der ukrainische Staat die sexuellen Minderheiten im Land ignoriert, sogar wie Russland versucht, ihre »Propaganda« gesetzlich zu unterbinden, auch wenn das unter dem zunehmenden Druck einer agilen LGBT¹-Community in den vergangenen Jahren gescheitert ist. In jüngster Zeit entdeckt die Regierung ihr Herz für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender. Präsident Petro Poroschenko wird zum Fürsprecher in erster Reihe. Auf Initiative der Regierungskoalition hat das Parlament Ende 2015 einen Diskriminierungsschutz für sexuelle Minderheiten am Arbeitsplatz gesetzlich verankert. Menschenrechtsaktivist*innen werten dies als Wendepunkt in der traditionell homophoben Politik des ehemaligen Sowjetstaates. Bis 2020, so sieht es ein Aktionsplan der Regierung vor, sollen in der Ukraine sogar gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften eingeführt werden. Doch darf nicht vergessen werden, dass diese LGBT-freundliche Politik vor allem pragmatische Gründe hat. Zum einen macht die Europäische Union Druck. Von ihr erhofft sich die Ukraine finanzielle Hilfen, Visafreiheit und im Zuge der Assoziierung eine weitere Annäherung. Zum anderen will sich die Regierung in Kiew von Russland abgrenzen, das Teile des Landes besetzt hat. In der Bevölkerung allerdings verfängt die neue Politik nicht. Homo- und Transphobie nehmen zu. Rechtsradikale gehen offensiv gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender vor.

Einleitung

Die Abstimmung trug Züge eines Kulturkampfes. Immer wieder musste Parlamentssprecher Volodymyr Hroysman die Abgeordneten zur Disziplin aufrufen, bis schließlich – nach vier Runden und mehreren Tagen – eine knappe Mehrheit in der Werchowna Rada für die Vorlage der Regierung stimmte. So fügten die Parlamentarier am 12. November 2015 dem Arbeitsgesetz (no. 3442) einen Passus hinzu, nach dem nun künftig auch Menschen am Arbeitsplatz vor Diskriminierung geschützt werden, die sich einer bestimmten sexuellen Orientierung oder Gender-Identität verbunden fühlen. Im Vorfeld hatte Hroysman die traditionellen Familienwerte beschworen. »Das ukrainische Parlament wird niemals gleichgeschlechtliche Ehen unterstützen. Gott bewahre«, sagte er vor der Rada. Jetzt aber gehe es um visafreies Reisen in die Europäische Union. So hat er den Zusatz im Gesetz schließlich durchgesetzt.

Auf dem Weg der Ukraine zu einem visafreien Reiseregime hat das Land schon viele Reformvorhaben umgesetzt (s. [Ukraine-Analysen 165](#)). Der Diskriminierungsschutz sexueller Minderheiten am Arbeitsplatz war nur eines davon, wenn auch das umstrittenste. Dass sich das Parlament dazu durchringen konnte, grenzt an ein Wunder. Die Demonstrantinnen und Demonstranten vor der Werchowna Rada, neben den LGBT- auch zahlreiche Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, brachen in Jubel aus. Stundenlang hatten sie an diesem Tag im November vor dem Parlament im Regen ausgeharrt.

Das neue Antidiskriminierungsgesetz soll im Job für eine Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer sorgen, unabhängig von Religion, Hautfarbe, politischer Überzeugung und jetzt auch sexueller Orientierung/Gender-Identität. Arbeitgeber, die dagegen verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen.

Beobachter werten das Gesetz als historischen Wendepunkt. Nie mehr seit 1991, als die Ukraine einvernehmlichen Sex unter Männern legalisierte, hat sich das Land in seinen Gesetzen explizit zur Existenz von LGBT und deren Rechten bekannt. Die offizielle Politik des Landes gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender hat sich seit der Revolution der Würde, dem Maidan, vor zwei Jahren, radikal verändert – allerdings nur auf den ersten Blick. Denn die Menschen in der Ukraine stehen der gleichgeschlechtlichen Liebe feindselig gegenüber.

Blick durch die rosa Brille?

Im Aktionsplan der Regierung zur Umsetzung der nationalen Menschenrechtsstrategie bis 2020 vom 23. November 2015 stellt die Ukraine den sexuellen Minderheiten im Land weitreichende Rechte in Aussicht, etwa

- den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung/Gender-Identität in allen Aspekten des Lebens, die das Gesetz regelt,
- eine eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare,
- eine neue Gesetzgebung für Transgender, die ihr Geschlecht anpassen wollen,
- eine Berücksichtigung von Hassmotiven als erschwerende Umstände im Strafgesetzbuch und

1 Englische Abkürzung für Lesbians, Gays, Bisexuals und Transgender

ein Ende des Adoptionsverbots für Transgender. Freilich ist der Aktionsplan lediglich ein Plan. Die Regierung muss die entsprechenden Gesetzesentwürfe ins Parlament einbringen. In der Volksvertretung wie sie jetzt besteht, dürften die Vorlagen keine Chance haben. LGBT-Aktivist*innen rechnen sich aber für die nächste Legislaturperiode durchaus Möglichkeiten aus, wenn noch mehr Politikerinnen und Politiker einer neuen Generation die alten, von Oligarchen-Interessen geleiteten Abgeordneten ablösen sollten.

Eine dunkle Historie

Wie radikal sich die Politik der Ukraine gegenüber ihren sexuellen Minderheiten verändert hat, macht erst der Vergleich mit der Vergangenheit deutlich. Die Errungenschaften des vergangenen Jahres, die Ergänzung des bestehenden Arbeitsrechts und der Aktionsplan für Menschenrechte bis 2020, schloss an eine Zeit an, mit Parlamentsinitiativen, die völlig gegensätzliche Ziele verfolgten. So sollte noch 2012 nach russischem Vorbild ein Anti-Gay-Propagandagesetz eingeführt werden. Das ist wenige Jahre her, dazwischen lagen Wahlen, vor allem aber eine Revolution.

Damals hatten alle Parteien, ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition, für ein Gesetz gegen so genannte Gay-Propaganda (no. 8711; ab 12.12.2012 no. 0945, ergänzt durch das Gesetz no. 1155) gestimmt. Der Entwurf sah ein Verbot jedweder positiver Information über Homosexualität vor, sei es in der Öffentlichkeit oder in den Medien. Es sollte ein Zuwiderhandeln mit bis zu fünf Jahren Haft bestrafen. In Russland ist ein ähnliches Gesetz in Kraft; es führt zu einer staatlicherseits geförderten Homo- und Transphobie und gilt auch auf der annektierten Krim. In den Gebieten der so genannten Volksrepubliken im Osten der Ukraine ist Homosexualität sogar wieder verboten.

Eine homo- und transphobe Ukraine

Die »Europäisierung« auf staatlicher Ebene hat die Gesellschaft selbst bislang wenig verändert – das Gegenteil ist der Fall. Bis heute könnte sich eine Politik wie oben beschrieben auf eine in der Bevölkerung weit verbreitete Ablehnung gegenüber LGBT stützen. Denn die ukrainische Gesellschaft war und ist – wie viele postsowjetische Länder – zutiefst lesben-, schwulen- und transfeindlich. Aktuelle Umfragen der LGBT-Organisation Nash Mir zufolge, die sie anlässlich der Konferenz »LGBT Issues and the European Integration of Ukraine« am 15. und 16. März 2016 in Kiew erhoben hat, sind die Menschen in der Ukraine nicht bereit, ihren Mitbürger*innen die gleichen Rechte zuzugestehen, wenn sie lesbisch, schwul, bisexuell oder transident sind (s. Grafik 4 auf S. 21). Nur 33,4 Prozent sagen, das sei nötig. 2002 waren es noch 43 Prozent. 69 Prozent

sind außerdem dagegen, eine Homo-Ehe einzuführen. 2002 waren es nur 54 Prozent (s. Grafik 5 auf S. 22).

Homosexualität gilt vielen nach wie vor als Krankheit, Perversion, als westliche Mode. In einer von Wirtschaftskrisen, Krieg und Propaganda gezeichneten Gesellschaft erscheinen LGBT-Rechte wie ein Luxus, den sich das Land nicht leisten kann und will. Die Gesellschaft wirkt zunehmend polarisiert: Die einen streiten für vermeintlich liberale, europäische Werte, die anderen für traditionelle, ukrainische, ohne genau zu wissen, was das eigentlich bedeutet. Eine Diskussion um Menschen- und Bürgerrechte für alle findet nicht statt. Dabei hat sich der Maidan ja vor allem auf diese als Grundlage einer neuen Ukraine berufen. Vielleicht steht dahinter auch ein Generationenproblem: Immerhin kann sich heute jeder zweite junge Mensch in der Ukraine zwischen 14 und 35 Jahren schon vorstellen, Tür an Tür mit einem Homosexuellen zu leben (»Youth of Ukraine – 2015«, GfK Ukraine) – freilich lehnt das die andere Hälfte ab.

Wie ist das zu erklären? Wo doch viele der etablierten Politiker*innen, mit Ausnahme der Rechtsradikalen vom Rechten Sektor und Swoboda (Freiheit), heute differenziertere Sichtweisen auf das Thema einnehmen. Auch die Medien berichten inzwischen neutral, wie die Studie »The Ice is broken« von Nash Mir zur Situation von LGBT in der Ukraine 2015 zeigt.

Tatsächlich hat sich die Einstellung der politischen Klasse über Nacht nicht nachhaltig verändert. Sie handelt, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, aus Kalkül. Die Ukraine hat sich nach der Revolution der Würde einem Westkurs verschrieben und kann nicht, wie noch vor dem Maidan, zwischen Russland und dem Westen hin und her lavieren. Von der EU erwarten die Regierenden Finanz- und Wirtschaftshilfe, Visafreiheit, eine Perspektive für einen zukünftigen Beitritt. Die Union kann ihre Bedingungen diktieren. Russland und die russische Welt stellen auf absehbare Zeit keine Alternative dar. Außer dem Präsidenten des Landes, Petro Poroschenko, der die Ukraine dezidiert gegen ein Europa Putin'schen Zuschnitts positioniert, machen sich nur wenige Politikerinnen und Politiker explizit für LGBT stark. Ausnahmen sind etwa Switlana Salischtschuk und Serhij Leschtschenko. Beide sind Abgeordnete des Blocks Poroschenko, die 2015 beim KyivPride mitgelaufen sind. Die Politik verurteilt die Gewalt rechtsradikaler Gruppen gegen sexuelle Minderheiten nur selten und lässt die Rechten gewähren. Denn, so ihr Argument, als Patrioten kämpften diese an der Front, Lesben und Schwule täten das nicht. Die Behauptung ist zwar falsch, sie beweist aber, wie tief die Vorurteile sitzen. Den Schutz der eigenen Bevölkerung überlässt der Staat damit der Europäischen Union, die für Diskriminierungsschutz eintritt. Ihre Forderungen gilt es zu erfüllen, wohl oder übel.

Ein großes Problem sind die Kirchen aller Konfessionen. Sobald es um LGBT-Rechte geht, fürchten sie um Moral, traditionelle Familienwerte und die ukrainische Identität. Die Kirchen sind sehr einflussreich in ihren Hassreden, ihrer Ablehnung und ihren Vorurteilen gegenüber Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender. Sie haben in den vergangenen Jahren stets gegen einen Diskriminierungsschutz gekämpft. Auch eine eingetragene Lebenspartnerschaft lehnen sie ab.

Ohne die EU keine Bewegung

Es ist deshalb aus Sicht vieler LGBT-Aktivist*innen auch in Zukunft entscheidend, dass die Europäische Union die Ukraine nicht aufgibt. »Ohne Europa keine LGBT-Bewegung«, sagt etwa Bogdan Globa, einer der profiliertesten LGBT-Aktivisten des Landes. Er hat sich 2013 als erster Homosexueller vor dem ukrainischen Parlament geoutet. Globa leitet die LGBT-Organisation Fulcrum/Tochka Opori in Kiew.

Allerdings darf man die Rolle der Zivilgesellschaft nicht unterschätzen. Den Menschenrechts- und LGBT-Organisationen ist es zu verdanken, dass die Regierung den genannten Aktionsplan für Menschenrechte in der dargestellten Form verabschiedet hat. Hinter der ukrainischen LGBT-Bewegung steht eine gut organisierte, hochmotivierte Community, die für ihre Rechte einsteht. Allein in Kiew gibt es acht große LGBT-Organisationen (siehe Tabelle auf S.22/23), in den Regionen kommen weitere hinzu: An ihnen kommt die Politik nicht vorbei, zumal sie mit anderen Menschenrechtsorganisationen auf nationaler wie internationaler Ebene bestens vernetzt sind.

In den vergangenen Jahren hat die Community mit spektakulären Events im ganzen Land auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht und für Diskussionen in ihrem Sinne gesorgt. Seit dem Maidan ist sie noch sichtbarer geworden. Sie treibt den politischen Diskurs, weil sie verstanden hat, LGBT-Rechte in den Kontext allgemeiner Menschenrechtsarbeit zu setzen. Zu ihrem größten Erfolg zählte 2015 der KyivPride in Kiew. Am »Marsch der Gleichheit« in Kiew, einer Demonstration für gleiche Rechte für alle, nahmen in der ukrainischen Hauptstadt am 6. Juni 2015 Hunderte Menschen teil. Es war der erste Pride nach dem Sturz des Janukowitsch-Regimes, unter dem noch 2013 ein allererster Marsch stattgefunden hatte. Die Polizei wollte den KyivPride 2015 erst schützen, als sich der Präsident des Landes, Petro Poroschenko, vor die Veranstaltenden stellte. Eine Reporterin fragte ihn am Rande einer Pressekonferenz, ob er beim »Marsch der Gleichheit« mitlaufen werde. Poroschenko antwortete: »Ich betrachte den Marsch der Gleichheit als ein christlicher und ein europäischer Präsident. Beide Dinge sind kompatibel. Ich nehme nicht teil, aber ich sehe keinen Grund ihn

in Frage zu stellen, denn es ist das verfassungsmäßige Recht jedes ukrainischen Bürgers.« Die Polizei hat dieses verfassungsmäßige Recht dann auch gegen Angreifer verteidigt. Rechtsradikale haben den Marsch attackiert. Im Nachgang sind viele verletzt worden, darunter auch Polizisten, einer von ihnen schwer.

Nie zuvor in der Geschichte des Landes hat sich ein ukrainischer Präsident derart dezidiert für LGBT-Rechte ausgesprochen. Auf der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2016 legte Poroschenko noch einmal nach und forderte die Europäer auf, sich geeint gegen Russland zu stellen, das für ein Europa unter anderem der Homophobie stehe. Der Schutz sexueller Minderheiten wird damit zu einer Art Staatsräson im Sinne europäischer Werte, für die es sich zu kämpfen lohnt. Die LGBT-Community hat die Äußerungen Poroschenkos dankbar aufgenommen und wird ihren Präsidenten daran messen, solange dieser im Amt ist.

Gefahr durch radikale Kräfte

Das alles zeigt, wie wendig die ukrainische LGBT-Community inzwischen ist. Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, in welchem schwierigem Umfeld ihre Organisationen und Gruppen arbeiten. Zunächst einmal ziehen sich internationale Geldgeber wie der Global Fund aus der HIV-Prävention im Land zurück. Dieses Geld fehlt den LGBT-Organisationen, die ihre Mittel nun fallweise besorgen müssen, wenn es um konkrete Projekte geht. Hier sind vor allem die EU-Botschaften in Kiew oder auch die Swedish International Development Agency SIDA gefragte Partner. So finanzierten 2015 beispielsweise die norwegische Botschaft und SIDA über die Gay Alliance Ukraine indirekt den KyivPride mit.

Ein weiteres Problem ist die Mobilisierung. Die meisten LGBT-Aktivist*innen leben von Geld, das sie bei internationalen Gebern beschaffen. Das Ehrenamt setzt sich erst langsam durch. Langfristige gesellschaftliche Veränderungen aber können nicht Berufsaktivist*innen überlassen werden, sondern sind Sache der Grassroot-Bewegung. Die Gay Alliance Ukraine, größte LGBT-Organisation des Landes, hat das erkannt. Sie schult zusammen mit ihren Partnern in München seit einiger Zeit gezielt Ehrenamtliche für den Job in der Ukraine am Beispiel der Szene in der bayerischen Landeshauptstadt. In Deutschland tragen ja vor allem Ehrenamtliche die Community-Arbeit.

Und schließlich ist LGBT-Aktivismus in der Ukraine nach wie vor nicht ungefährlich. Radikale Minderheiten in der Ukraine gehen offensiv und mit Gewalt gegen Einrichtungen der Community sowie Einzelpersonen vor. Im Herbst 2014 haben Rechtsradikale das Kino Schowten in Brand gesteckt, als dort im Rahmen des Filmfestivals Molodist ein französischer Film über Drag

Queens lief. 2015 wurden neben dem KyivPride die Queer Homes in Odessa und Kryvyi Rih angegriffen sowie eine Bar in Odessa. Die Queer Homes sind Kommunikations- und Kulturzentren für die Szene, die die Gay Alliance Ukraine in verschiedenen Städten betreibt. Die Organisation Nash Mir in Kiew, die sich auch als Dokumentationsstelle einen Namen gemacht hat, zählt für 2015 genau 71 Diskriminierungsfälle und Hassverbrechen aufgrund von Homo- oder Transphobie auf. Im Vorjahr waren es 54. Darunter sind immer auch Morde. Über die einschlägigen Dating-Portale werden vor allem schwule Männer in Fallen gelockt, überfallen, verprügelt und nicht selten umgebracht. Die Polizei interessiert sich nicht für diese Fälle.

Im März 2016 konnte in Lwiw aufgrund von Protesten Rechtsradikaler das von der LGBT-Organisation Insight um die bekannte LGBT-Aktivistin Olena Schewtschenko geplante »Equality Festival« nicht stattfinden, das derzeit durch die Ukraine tourt. Nach einer Bombendrohung am Austragungsort brachen die Veranstaltenden das Event ab. Vor dem Hotel bewarfen Protestierende die etwa 70 Teilnehmer*innen mit Rauchgranaten, Steinen, Feuerwerkskörpern und grüner Farbe. Die Stadt und die Polizei weigerten sich, für die Sicherheit der Teilnehmer*innen zu garantieren. Lwiws Bürgermeister Andriy Sadowyj sitzt der europafreundlichen Partei Samopomitsch (Selbsthilfe) vor, die bis vor Kurzem der Regierungskoalition in Kiew angehörte.

Es ist deshalb kein Wunder, dass trotz aller auch positiver Entwicklungen viele LGBT-Aktivist*innen der älteren Generation ausgewandert sind, die explizit Bedrohungen ausgesetzt waren. Bekanntestes Beispiel war 2015 sicher Taras Karasiitschuk, Ex-Chef der Gay Alliance Ukraine. Er setzte sich im Sommer nach New York ab, um dort politisches Asyl zu beantragen. Karasiitschuk war Opfer von Überfällen und Morddrohungen. Mit ihm verließ einer der profiliertesten LGBT-Aktivisten der Ukraine das Land. Karasiitschuk war es, der 2012 die Pride-Bewegung überhaupt erst ins Leben

gerufen hat. Seit 2015 führt Wolodymyr Naumenko die Gay Alliance Ukraine. Immerhin konnte sich die Bewegung so insgesamt erneuern. Menschen mit frischen Ideen stehen bereit und machen sich an die Arbeit.

Fazit und Ausblick

Der Kampf um die Rechte sexueller Minderheiten in der Ukraine bleibt auf absehbare Zeit schwierig. Erst wenn es gelingt, Frieden im Land zu schaffen und die nötigen Wirtschaftsreformen umzusetzen, dürfte für die Menschenrechtsarbeit ein günstigeres Umfeld entstehen. Dafür braucht die Ukraine idealerweise eine europäische Perspektive, die den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft macht und damit die Härten des laufenden Reformkurses erträglich. Nur so werden die LGBT-Organisationen des Landes mehr Verständnis für ihre Belange erwarten können. Für die Community selbst sind Lobbying, Mobilisierung vor allem von Ehrenamtlichen, Dialog und Sichtbarkeit wichtig, idealerweise zusammen mit einer politischen Kraft wie dem Block Petro Poroschenko, der einzigen einigermaßen LGBT-freundlichen Partei im Parlament. Gemeinsam sollten sie versuchen, das Land aus der künstlichen Wertedebatte Europa versus Ukraine zu führen; beides widerspricht sich nicht. Die Ukraine gehört zu Europa, Menschen- und Bürgerrechte gelten für alle. Politik und Zivilgesellschaft müssen deutlich Stellung beziehen, wenn es um die Gewalt rechtsradikaler Kräfte im Land geht. So könnten in den kommenden zehn Jahren entscheidende Veränderungen erlangt werden, vergleichbar etwa mit den Entwicklungen, die die EU-Beitrittskandidaten Osteuropas erlebt haben, als sie 2004 zur Europäischen Union kamen. Ob das alles tatsächlich so kommt, ist fraglich, zumal es in der Ukraine am politischen Willen fehlt, das Land tiefgreifend zu verändern. Auch der Faktor Russland bleibt unkalkulierbar. Es wird von den Aktivist*innen und den ausländischen Partnern noch viel Geduld erfordern, das Land auf seinem Weg nach Europa zu begleiten.

Über den Autor:

Conrad Breyer koordiniert von München aus für die CSD München GmbH die Partnerschaft zwischen KyivPride und dem CSD München. Er ist außerdem Pressereferent des Münchner Schwulenzentrums Sub und Mitglied der Kontaktgruppe Munich Kiev Queer, die die Zusammenarbeit zwischen den LGBT-Communitys in Kiew und München koordiniert. Hauptberuflich arbeitet Conrad Breyer als Redakteur und freier Journalist.

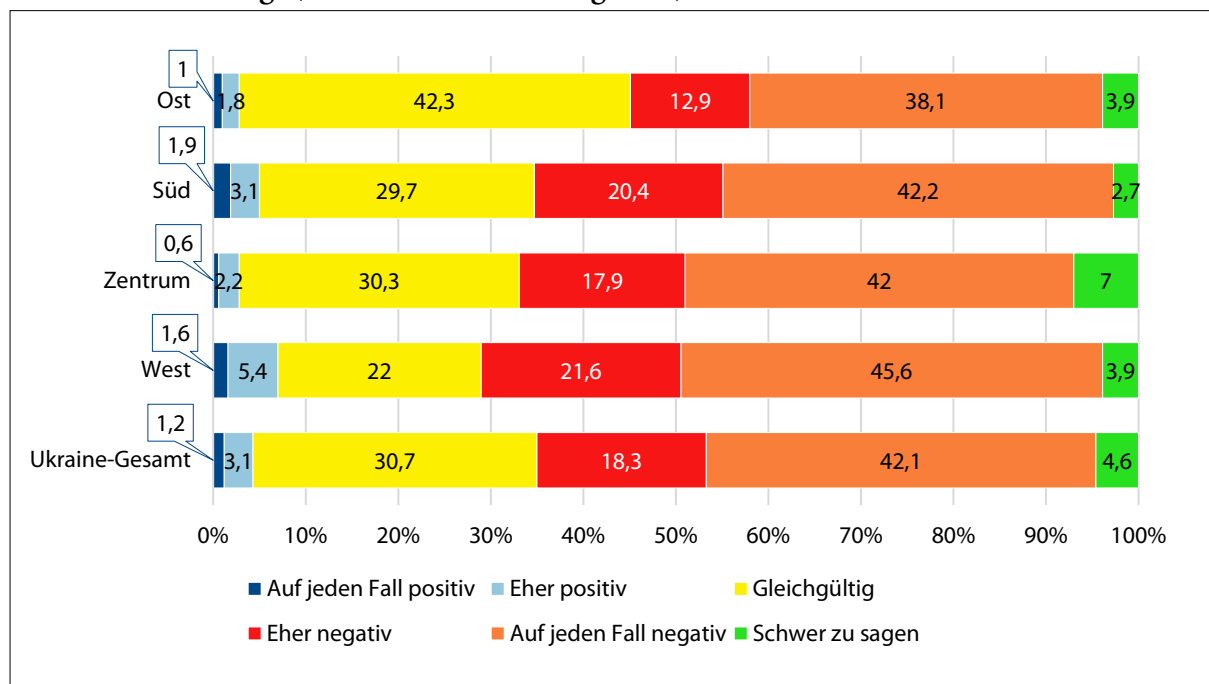
Lesetipps:

- The ice is broken. LGBT situation in Ukraine in 2015. Council of LGBT Organisations of Ukraine/LGBT Human Rights Nash Mir Center Centre, Kyiv, 2016, Link: <http://m-maenner.de/wp-content/uploads/2016/03/lgbt_ukraine_2015-e.pdf>
- Queer in der Ukraine. Ihr Land hasst ihre Liebe. Der Tagesspiegel. Artikel von Eva Steinlein. Link: <<http://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/queer-in-der-ukraine-ihr-land-hasst-ihre-liebe/12383158.html>>
- Ukrainskoe LGBT-Dvizhenie, 25. Stanislav Naumenko, Taras Karasiichuk, Maksym Kasianchuk. Gay Alliance Ukraine, Kiev, 2015.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

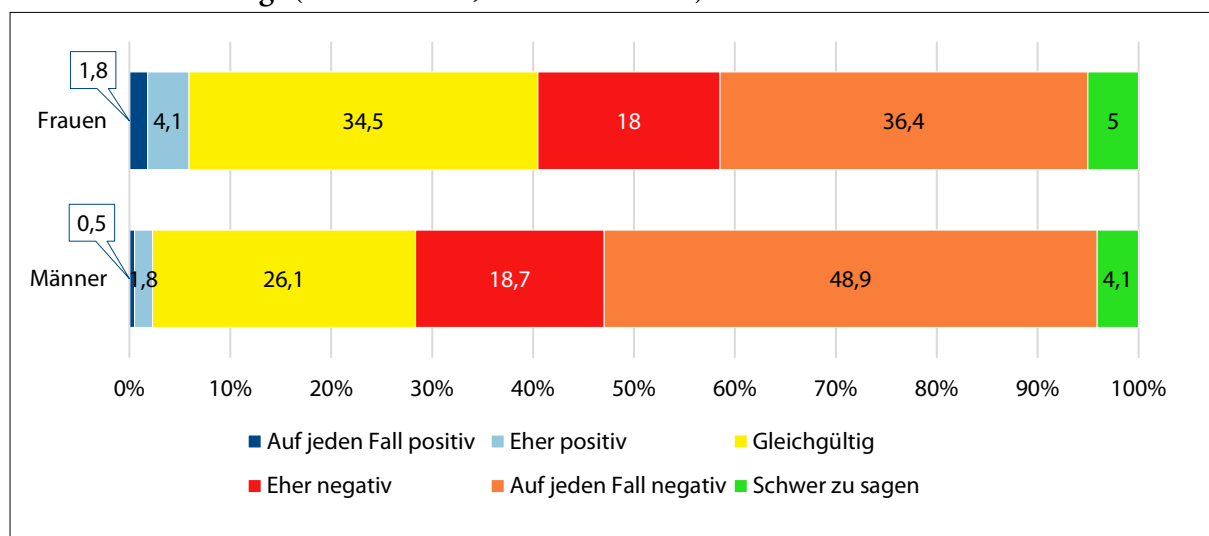
Die Akzeptanz homosexueller Menschen in der Ukraine laut Umfragen

Grafik 1: Was ist im Allgemeinen Ihre Haltung gegenüber Menschen mit sexueller Orientierung? (Februar 2016, nach Regionen)



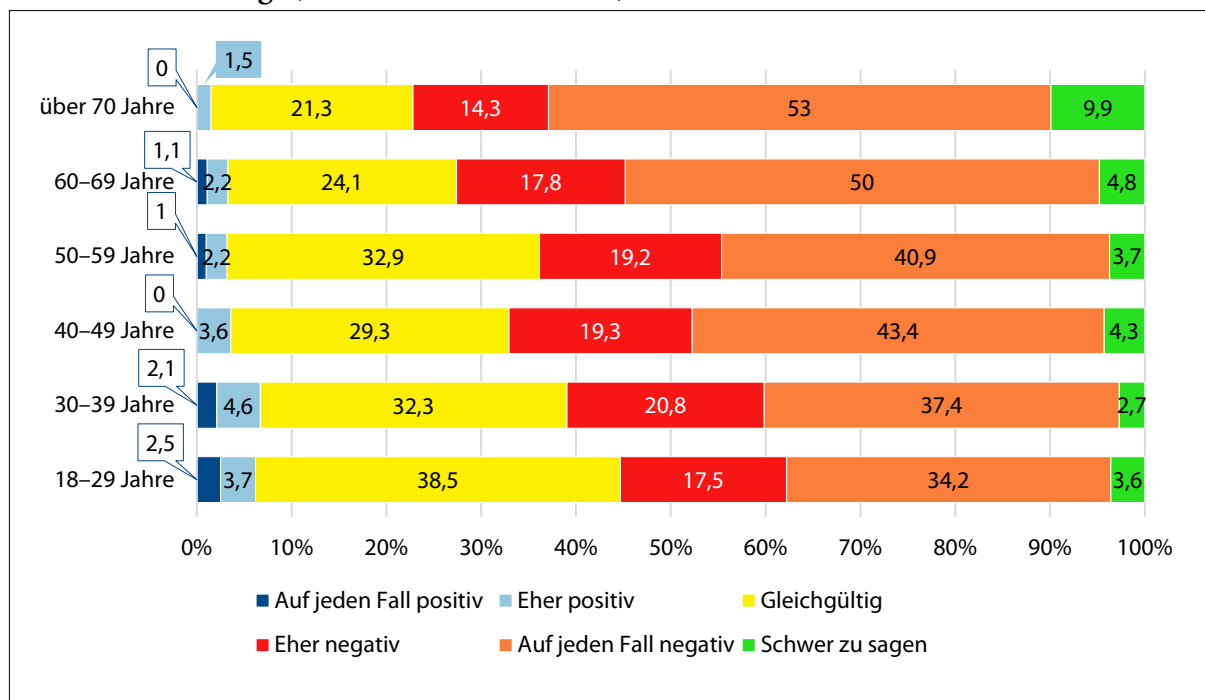
Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (N=2020), im Auftrag von LGBT Human Rights Nash Mir Center, zitiert in »LGBT issues and the European Integration of Ukraine«, International conference, 15–16 March 2016, Kyiv, Ukraine (Information brochure), S. 44.

Grafik 2: Was ist im Allgemeinen Ihre Haltung gegenüber Menschen mit sexueller Orientierung? (Februar 2016, nach Geschlecht)



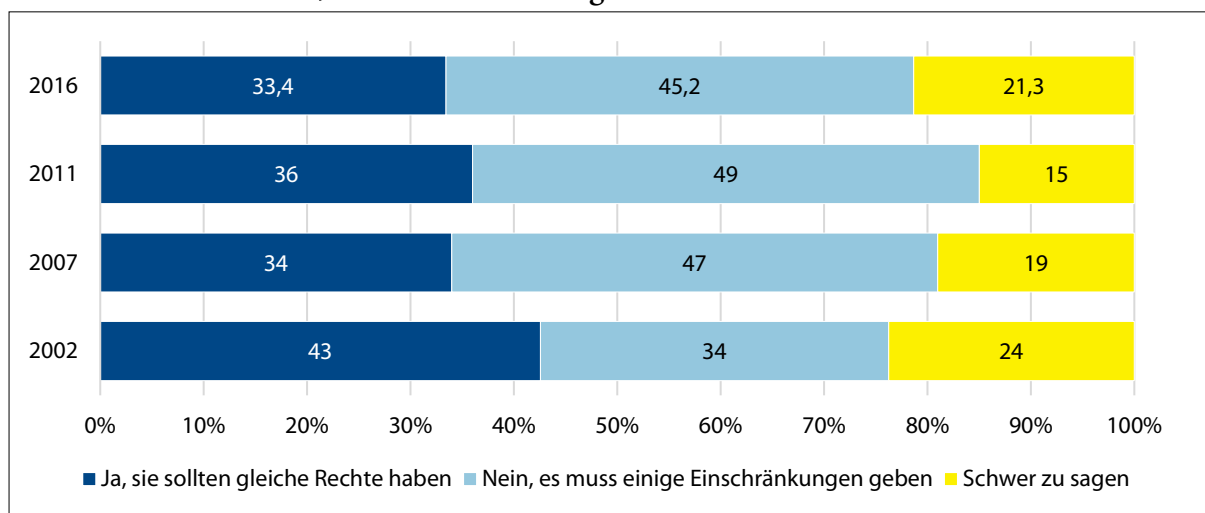
Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (N=2020), im Auftrag von LGBT Human Rights Nash Mir Center, zitiert in »LGBT issues and the European Integration of Ukraine«, International conference, 15–16 March 2016, Kyiv, Ukraine (Information brochure), S. 45.

Grafik 3: Was ist im Allgemeinen Ihre Haltung gegenüber Menschen mit homosexueller Orientierung? (Februar 2016, nach Alter)



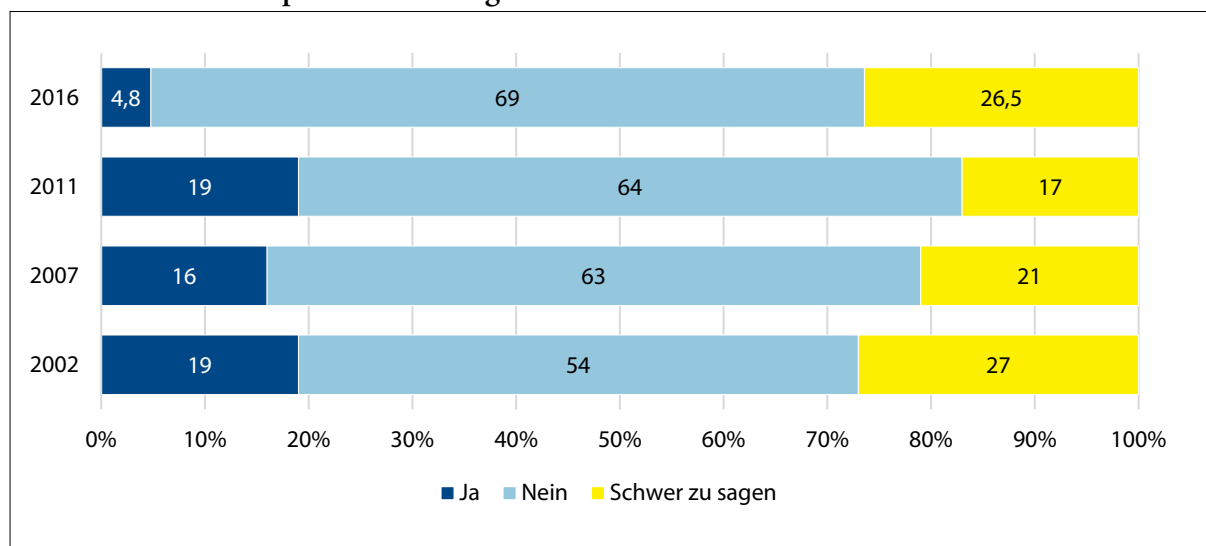
Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (N=2020), im Auftrag von LGBT Human Rights Nash Mir Center, zitiert in »LGBT issues and the European Integration of Ukraine«, International conference, 15–16 March 2016, Kyiv, Ukraine (Information brochure), S. 45.

Grafik 4: Glauben Sie, dass homosexuelle Bürger der Ukraine Anspruch auf die gleichen Rechte haben sollten, wie die anderen Bürger?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (N=2020), im Auftrag von LGBT Human Rights Nash Mir Center, zitiert in »LGBT issues and the European Integration of Ukraine«, International conference, 15–16 March 2016, Kyiv, Ukraine (Information brochure), S. 46.

Grafik 5: Glauben Sie, dass homosexuelle Paare das Recht haben sollten, sich beim Standesamt als Lebenspartnerschaft registrieren zu lassen?



Die Antwort »Schwer zu sagen« für 2016 umfasst Befragte, die antworteten, dass es ihnen gleichgültig ist oder dass sie Schwierigkeiten mit der Beantwortung der Frage hätten.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (N=2020), im Auftrag von LGBT Human Rights Nash Mir Center, zitiert in »LGBT issues and the European Integration of Ukraine«, International conference, 15–16 March 2016, Kyiv, Ukraine (Information brochure), S. 46.

Ukrainische LGBT-Organisationen: ein Überblick

Tabelle 1: Die wichtigsten LGBT-Organisationen in der Ukraine

Organisation	Gründungsjahr	Ort/Region	Tätigkeit	Ausgewählte Aktionen 2015
Fulcrum/ Tochka Opori	2009	Kiew, regionale Vertretungen	Männer: Öffentlich- keitsarbeit, HIV-Prä- vention, Trainings, Advocacy	Im vergangenen Jahr hat die Organisa- tion zahlreiche Aufklärungs- und Infor- mationsfilme gedreht und ihr Angebot »Friendly Doctor« für die niedrigschwelle HIV-Prävention ausgebaut. Erstmals hat die Organisation den Ukrainian Corporate Equality Index durchgeführt. Er misst, wie LGBT-freundlich Unter- nehmen in der Ukraine sind.
Gay Alliance	2001	Kiew	Männer: Zentrum, HIV-Prävention, Beratung	
Gay Alliance Ukraine	2009	Kiew, regionale Vertretungen	LGBT: Mobilisie- rung, Öffentlich- keitsarbeit	In Odessa fand im August 2015 erstmals ein OdessaPride statt. Die Organisation schaltete übers Jahr eine Plakatkam- pagne, um für Toleranz zu werben (»Sag gay, nicht Schwuchtel«)

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die wichtigsten LGBT-Organisationen in der Ukraine (Fortsetzung)

Organisation	Gründungsjahr	Ort/Region	Tätigkeit	Ausgewählte Aktionen 2015
Gay Forum of Ukraine	2004	Kiew, regionale Vertretungen	LGBT: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit/PR	
Gender Z	2011	Saporischschja	LGBT: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit	Im Sommer und Herbst 2015 hat Gender Z eine Billboard-Kampagne lanciert, die um Toleranz für LGBT warb (»Liebe siegt über Hass«).
Insight	2007	Kiew	LGBT/Transgender: Zentrum, Forschung, Öffentlichkeitsarbeit	Im Oktober 2015 lud die Organisation erstmals zur internationalen Konferenz »Transgender im sozialen und medizinischen Kontext«. Im Dezember folgte das »Equality Festival« in Kiew mit vielen Kultur-Events. Insight ist es auch, die sich in der Ukraine um LGBT-Binnenflüchtlinge aus den besetzten Gebieten auf der Krim und im Donbass kümmert.
LIGA	1993	Mykolajiw, regionale Vertretungen	LGBT: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit	Im September 2015 hat die LGBT-Organisation LIGA in Mykolajiw die »Days of Equality and Pride« organisiert, die – ähnlich wie die Pride Week in Kiew und Odessa – mit kulturellen, gesellschaftlichen und sportlichen Events Gäste anzog.
Nash Mir	1998	Kiew	LGBT: Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Trainings, Dokumentation	Nash Mir gab wie in jedem Jahr einen Report über die Situation von LGBT in der Ukraine heraus und veranstaltete eine Pressekonferenz zum Thema.
New Wave for a better future	2010	Cherson	Frauen/Regenbogenfamilien: HIV-Prävention, Mobilisierung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit/PR	New Wave hat 2015 zu einem Familien-Camp nach Mykolajiw eingeladen und am Schwarzen Meer außerdem ein Sport- und Kulturfestival für Frauen angeboten.
T-ema	2015	Kiew	Transgender	Zusammen mit Insight kämpfte T-ema dafür, im parlamentarischen Prozess eine Verbesserung der gesetzlichen Lage, der medizinischen Versorgung und das Adoptionsrecht für Transgender in der Ukraine zu erreichen.
Tergo	2013	Kiew, regionale Elterngruppen	Elternselbsthilfe, Lobbying, Kultur-Events, Beratung, Trainings	Im April 2015 hat die Elterninitiative, in der sich Eltern und Familienangehörige für die Rechte ihrer homosexuellen Kinder bzw. Angehörigen einsetzen, im Hotel Ukraina in Kiew erstmals eine internationale Konferenz organisiert.

Weitere regionale Initiativgruppen unter: <http://upogau.org/eng/rcenter/organizations> (in englischer Sprache)

Quelle: Conrad Breyer

Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim

Seit der Annexion der Krim durch Russland und der Eskalation der Ukraine-Krise gibt es in Russland und auf der Krim verstärkt strafrechtliche Ermittlungen und Gerichtsprozesse gegen Ukrainer und Krimtataren, die von Beobachtern und Menschenrechtsorganisationen als politisch motiviert eingestuft werden.

Ausgehend von Berichten von Menschenrechtsaktivisten und Massenmedien sowie den Informationen der russischen Ermittlungsbehörden versuchen die Ukraine-Analysen hier einen möglichst vollständigen Überblick über solche Gerichtsprozesse zu geben. Es wird deutlich, dass der viel beachtete Prozess gegen Nadija Sawtschenko kein Einzelfall ist.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Tabelle 1: Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim

Nr.	Name	Alter	Geburtsort	Kurzbiografie	Festgenommen am	Verurteilt am	Vorwürfe	Urteil	Kommentar
1	Nadja Sawtschenko	34	Kiew	ehemalige Kampfpilotin, Teilnehmerin an Euromaidan-Protesten, Abgeordnete der Werchowna Rada, Delegierte für die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE)	30.06.2014	22.03.2016	Mord an zwei russischen Journalisten in der Ostukraine, illegaler Grenzübertritt	22 Jahre Haft	Siehe Ukraine-Analysen 146 .
2	Serhij Litwinow	32	Region Luhansk	Viehzüchter in einer Kolchose, hat keinen Schulabschluss	22.08.2014	–	Massentötungen (bis Juli 2015), Raub (ab Juli 2015)	noch kein Urteil	Litwinow wurde als angeblicher Kämpfer des ukrainischen Bataillons »Dnipro« der Massentötungen von Zivilisten und Vergewaltigungen von Frauen im Gebiet Donbass beschuldigt. Ende November 2015 wurden diese Anklagen aus Mangel an Beweisen von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen. Litwinow will jetzt eine Klage wegen üble Nachrede und Verleumdung einreichen, da seine »Geschichte« in den russischen Medien mehrfach verbreitet wurde.
3	Mykola Karpiuk	51	Region Rivne	Stellvertretender Leiter der ukrainischen nationalistischen Organisation UNA-UNSO, stellvertretender Leiter der politischen Partei »Rechter Sektor«, Teilnehmer an Euromaidan-Protesten	21.03.2014	–	Teilnahme am Tschetschenien-Krieg in den 1990er Jahren	noch kein Urteil	Karpiuk und Klich werden von der russischen Staatsanwaltschaft der Ermordung einer Einheit der russischen Truppen in Grosny während des Tschetschenien-Krieges in den Jahren 1994–1995 beschuldigt. Darüber hinaus seien sie in diesen Jahren Mitglied der seit 2014 in Russland verbotenen Organisation UNA-UNSO gewesen.
4	Stanislaw Klich	42	Kiew	Dozent für Geschichte an einer Kiewer Universität	11.08.2014	–	–	–	–

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim (Fortsetzung)

Nr.	Name	Alter	Geburtsort	Kurzbiografie	Festgenommen am	Verurteilt am	Vorwürfe	Urteil	Kommentar	
5	Oleh Senzow	39	Krim	Ukrainischer Filmregisseur, zivilgesellschaftlicher Aktivist	11.05.2014	25.08.2015	Bildung einer Terror-Gruppe, zwei terroristische Aktionen, illegaler Besitz von Waffen und Sprengstoffen	20 Jahre Haft	Strafverfahren gegen die sogenannten »Krim-Terroristen«: die Beschuldigten haben angeblich die Eingangstür zum Büro der Russischen Gemeinde auf der Krim in Brand gesetzt und weitere Terroranschläge auf eine Lenin-Statue und eine Ewige Flamme in Simferopol geplant. Alle Strafverfahren haben eine aktive pro-ukrainische Position und sind gegen die Annexion der Krim.	
6	Oleksandr Koltschenko	26	Krim	Aktivist der linken Szene	16.05.2014	25.08.2015	Terrorismus, illegaler Besitz von Sprengstoff	10 Jahre Haft		
7	Oleksij Tschernij	35	Krim	Lehrer der Militärschichte am Simferopoler Institut für Kultur	11.05.2014	21.04.2015	Terrorismus, illegaler Besitz von Sprengstoff	7 Jahre Haft		
8	Hennadij Afanasjew	25	Krim	Fotograf	11.05.2014	17.12.2014	Terrorismus, illegaler Besitz von Sprengstoff	7 Jahre Haft		
9	Jurij Soloschenko	73	Region Poltawa	Renner, ehemaliger Direktor der Waffenfabrik in Poltawa	05.08.2014	14.10.2015	Spionage für die Ukraine	6 Jahre Haft		
10	Valentyn Wjhiwskyj	27	Region Kiew	Kleinunternehmer, Teilnehmer an Euromaidan-Protesten	18.09.2014	15.12.2015	Spionage für die Ukraine	11 Jahre Haft		
11	Viktor Schur *	58	Region Brjansk (Russland), wohnhaft in Tschernihiw (Ukraine)	Besitzer eines Schmuckgeschäfts, Sammler, Befürworter des Euromaidan	09.12.2014	07.10.2015	Spionage für die Ukraine, Hochverrat	12 Jahre Haft		Diverse Strafverfahren wegen Spionage für die Ukraine (Luftfahrt- und Militärindustrie)

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim (Fortsetzung)

Nr.	Name	Alter	Geburtsort	Kurzbiografie	Festgenommene am	Verurteilt am	Vorwürfe	Urteil	Kommentar
12	Jurij Jazenko	26	Lwiw	Student an der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw, Teilnehmer an den Euromaidan-Protesten	06.05.2014	10.03.2015	Schmuggel, später – illegaler Besitz von Sprengstoff	2 Jahre Haft, nach Haftbeschwerte - freigelassen am 12.08.2014	
13	Bohdan Jaritschewskij	26	Lwiw	Student an der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw, Teilnehmer an den Euromaidan-Protesten	06.05.2014	–	–		
14	Oleksandr Kostenko	30	Region Dnipropetrowsk	ein ehemaliger Mitarbeiter der ukrainischen Polizei auf der Krim, Teilnehmer an den Euromaidan-Protesten, danach Leiter des gemeinnützigen Fonds »Ukrainische Krim. Rückkehr«	08.02.2015	15.05.2015	Extremismus während des Euromaidan in Kiew	4 Jahre und 2 Monate Haft, im August 2015 – Strafmilderung um 3 Monate	Diverse Strafverfahren gegen Teilnehmer an den Euromaidan-Protesten
15	Andriy Kolomiets	23	Region Kiew	Teilnehmer an den Euromaidan-Protesten	13.05.2015	–	Mordversuch, Extremismus, illegaler Erwerb und Besitz von Drogen	noch kein Urteil	
16	Jurij Iltschenko	37	Krim	Besitzer einer Fremdsprachenschule, Blogger	02.07.2015	–	Extremismus	noch kein Urteil	Grund für die Strafverfolgung ist die Veröffentlichung eines Blog-Artikels, in dem die russische Besetzung der Krim und der Krieg im Donbass verurteilt werden

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim (Fortsetzung)

Nr.	Name	Alter	Geurtsort	Kurzbiografie	Festgenommene am	Verurteilt am	Vorwürfe	Urteil	Kommentar	
17	Achtem Chiyhoz	52	Krim	Stellvertretender Vorsitzender des Mejlis des Krimtatarischen Volkes, Teilnehmer an der Kundgebung vom 26.02.2014	29.01.2015	–	Organisation von Massenunruhen	noch kein Urteil	Der Fall des 26. Februar 2014: an diesem Tag fanden vor dem besetzten Parlament der Autonomen Republik Krim zwei Kundgebungen statt: eine zur Unterstützung der ukrainischen Souveränität, die von dem Mejlis des Krimtatarischen Volkes organisiert wurde, und eine der pro-russischen Organisationen für den Anschluss der Krim an Russland. Es kam zu Ausschreitungen zwischen den Demonstranten verschiedener Lager, infolge dessen 30 Menschen verletzt wurden.	
18	Eskender Kantemirov	–	Krim	Teilnehmer an der Kundgebung zur Unterstützung der ukrainischen Souveränität vom 26.02.2014	07.02.2015	–	Beteiligung an Massenunruhen	noch kein Urteil		
19	Eskender Emirvaliyev	31	Krim		18.02.2015	–	Beteiligung an Massenunruhen	noch kein Urteil		
20	Talyat Yunusov	32	Krim		11.03.2015	28.12.2015	Beteiligung an Massenunruhen	3,5 Jahre auf Bewährung		
21	Ali Asanov	33	Krim		16.04.2015	–	Beteiligung an Massenunruhen	noch kein Urteil		
22	Mustafa Dzhemendzhi	26	Krim		07.05.2015	–	Beteiligung an Massenunruhen	noch kein Urteil		
23	Eskender Nebiyev	29	Krim	ehemaliger Kameramann für den krimtatarischen TV-Sender ATR, Teilnehmer an der Kundgebung vom 26.02.2014	20.04.2015	12.10.2015	Beteiligung an Massenunruhen	2,5 Jahre auf Bewährung		
24	Haiser Djemilew	34	Krim	der jüngste Sohn des Führers der Krim-Tataren, Mustafa Djemilew	27.05.2013	10.06.2015	fahrlässige Tötung, illegaler Waffenbesitz	5 Jahre Haft, im September 2015 – Strafmilderung um 1,5 Jahre		
										Haiser Djemilew hat zwar ein Verbrechen begangen, das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde nach der Besetzung der Krim im April 2014 nach russischem Recht jedoch unrechtmäßig eröffnet, so ukrainische Menschenrechtler. So fällt der Fall nicht unter die Zuständigkeit russischer Gerichte, weil Djemilew die ukrainische Staatsbürgerschaft beibehalten habe und schon im Mai 2013 ein Verbrechen außerhalb der Russischen Föderation begangen habe.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim (Fortsetzung)

Nr.	Name	Alter	Ge- burtsort	Kurzbiografie	Festgenom- men am	Verurteilt am	Vorwürfe	Urteil	Kommentar
25	Musa Apkerimov	26	Krim		16.10.2014	28.05.2015	schwere Körper- verletzung gegen Polizeibeamte	4 Jahre und 4 Monate auf Bewährung	
26	Rustam Ab- durachmanov	–	Krim	Teilnehmer an der Be- grüßung des Führers der Krim-Tataren, Mustafa Djemiljew, in Armjansk am 03.05.2014	17.10.2014	06.12.2015	Körperverletzung gegen Polizei- beamte	1 Jahr auf Bewährung	Der Fall des 3. Mai 2014: an diesem Tag haben sich hunderte Krim-Tataren vor dem Kontrollposten in Armjansk (Krim) versammelt, um ihren Anführer Mustafa Djemilew, dem die Einreise in die Krim vom ukrainischen Festland verweigert wurde, willkommen zu heißen. Laut Medienberichten durchbrachen einige Demonstranten die Polizeikette vor dem Kontroll- punkt, um Djemilew die Einreise zu ermöglichen.
27	Tair Smeldyaev	54	Krim		22.10.2014	10.12.2015	Körperverletzung gegen Polizei- beamte	2 Jahre auf Bewährung	
28	Edem Ebulisov	46	Krim		25.11.2014	03.08.2015	Körperverletzung gegen Polizei- beamte	Geldstrafe	
29	Edem Osmanov	35	Krim		20.01.2015	07.12.2015	Körperverletzung gegen Polizei- beamte	1 Jahr auf Bewährung	

* russischer Staatsbürger mit Aufenthaltsgenehmigung in der Ukraine

Quelle: Zusammenstellung durch die Redaktion der Ukraine-Analysen, nach Angaben des Berichts »28 hostages of the Kremlin« (<<http://en.odfoundation.eu/finfiles/pdf/28hostages-eng-ccl-mf-web-final.pdf>>), des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation (<http://sledcom.ru>), Radio Free Europe/Radio Liberty (<<http://www.radiosvoboda.org>>), der Internet-Zei-
tung Grani.Ru (<<http://grani.ru>>) u. a.

Nadija Sawtschenkos Abschlussworte vor Gericht, die sie nicht vorbringen durfte (03.03.2016, inoffizielle Übersetzung)

Ich erkenne weder meine Schuld noch das Urteil oder das russische Gerichtsverfahren an. Im Falle eines Schuldspruchs werde ich keine Berufung einlegen. Ich will, dass die gesamte, zivilisierte, demokratische Welt erkennt, dass Russland ein rückständiges, totalitäres Land mit einem selbstgefälligen Diktator ist, in dem man auf Menschenrechte und internationales Recht pfeift.

Es ist absurd, Menschen zu entführen und zu foltern und dann auch noch den Eindruck zu vermitteln, man hätte das Recht, diese zu verurteilen. Von einem fairen Verfahren kann hier keine Rede sein! In Russland gibt es kein Verfahren und keine Untersuchung, nur eine Farce, inszeniert von Kreml-Marionetten! Und ich halte es für absolut sinnlos, meine Lebenszeit damit zu vergeuden, daran teilzunehmen!

Deshalb werde ich keine Berufung einlegen, sondern Folgendes tun: Nach dem Urteilsspruch führe ich meinen Hungerstreik noch zehn Tage fort, bis das Urteil in Kraft tritt, und das unabhängig von der Übersetzung des Urteils ins Ukrainische. Mit der Übersetzung kann nämlich alles in die Länge gezogen werden.

Nach zehn Tagen verkünde ich einen trockenen Hungerstreik, und dann hat Russland nicht mehr als zehn Tage, um mich in die Ukraine zurückzubringen, von wo aus sie mich entführt haben! Und es ist mir egal, wie sie das begründen.

Mir sind die ziemlich guten, diplomatischen Fähigkeiten von Petro Poroschenko zu Ohren gekommen. Also, ich hoffe, dass seine diplomatischen Fähigkeiten ausreichen, um mit einem Idioten in Russland übereinzukommen. Immerhin hat er meiner Mutter versprochen, dass ich bereits zu den Maifeiertagen 2015 zu Hause sein würde.

Und während man um mich verhandelt, werde ich mein Leben lassen, und Russland wird mich, komme was wolle, in die Ukraine zurückbringen, lebend oder tot! Aber zurück!

Und die ganzen zehn Tage wird vor den Toren des Untersuchungsgefängnisses Tag und Nacht meine Schwester stehen und darauf warten, ob sie mich rauslassen oder raustragen. Wenn ihr sie einsperrt, kommt meine Mutter an ihrer Stelle, sie ist 77 Jahre alt. Ihr wollt sie auch einsperren? An ihrer Stelle kommen dann meine Freundin, mein Freund und danach ein Ukrainer nach dem anderen!

Vergesst nicht – ihr könnt nicht alle hier reinstecken!

Und während meine Landsleute dort stehen, werden einfache, ehrliche und anständige Russen aus den umliegenden Häusern anfangen, heißen Tee, Brote und warme Decken zu bringen, weil ihnen klar ist, dass jedes ihrer Kinder in diesem Völkergefängnis namens Russland in meine Lage geraten kann!

So fangen Maidan-Revolutionen an! Braucht ihr das etwa? Das fürchtet ihr doch wie das Feuer! Deswegen täte der Kreml gut daran, mich schnellstens lebend in die Ukraine zurückzubringen! Und die ganze demokratische Welt sollte rechtzeitig ihre Lehren aus der Geschichte ziehen und sich daran erinnern, dass seinerzeit Europas Toleranz Hitler gegenüber und Amerikas Unentschlossenheit zum Zweiten Weltkrieg geführt haben.

Putin ist ein Tyrann mit imperialistischem Ansinnen und den Komplexen Napoleons und Hitlers zusammen. Ein Bär versteht keine menschliche Sprache, er versteht nur die Sprache der Macht. Wenn wir also nicht entschlossener werden und unsere Prioritäten nicht rechtzeitig festlegen, haben wir bald einen Dritten Weltkrieg.

Als Politikerin werde ich Russland in der politischen Arena nicht mehr die Hand reichen. Ich gebe nicht gerne demjenigen die Hand, der mich in Fesseln und mein Volk in Ketten gehalten hat. Aber bei jeder meiner politischen Entscheidungen werde ich immer die Auswirkungen auf die einfachen Leute bedenken, in der Ukraine wie auch in Russland. Weil es in Russland trotz allem viele ehrliche, anständige, gute und unglückliche Menschen gibt.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Nina Havryliv, <http://ukraine-nachrichten.de/nadija-sawtschenkos-abschlussworte-gericht-nicht-vorbringen-durfte_4388>

Originalquelle: <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=902331883197446&cid=896212553809379>

Internationale Positionen zum Sawtschenko-Urteil

Ukraine

President's statement: Ukraine will never recognize show trial of Nadiya Savchenko (22.03.2016)

Too bad. The world hasn't seen anything even remotely resembling a court in the process against Nadiya Savchenko.

It was a shameful show trial organized by the country-aggressor against the Ukrainian Officer who defended her land from enemy's encroachment.

Ukraine will never recognize either this show trial or their so-called sentence, absurdity and cruelty of which proves that Russian justice has returned to the period of Stalin-Vyshinsky.

Both Ukrainian and international personal sanctions must be imposed against everyone involved in prosecution of Nadiya Savchenko, Oleg Sentsov and other Ukrainian citizens, Ukrainian patriots-hostages illegally tortured in Russian territory.

The whole world supports us in the battle for Nadiya's liberation. From now on, this struggle enters the final stage.

I do not only hope that Nadiya Savchenko will return to Ukraine. I am doing everything possible and impossible for that.

In the course of the meetings at the highest level in the Normandy format, I have repeatedly raised the issue of liberation of Nadiya and other Ukrainian hostages. And I have received support from other participants of the format. President Putin said that he would return Nadiya Savchenko to Ukraine after the so-called court decision.

Now it is the time to fulfill that promise.

In my turn, I am ready to convey two Russian servicemen detained in our territory for their participation in the armed aggression against Ukraine. Judicial inquiry of their cases is on the final stage. Immediately after its completion, I am ready to ensure their transportation to the Russian Federation through appropriate procedures.

Such an approach corresponds to item 6 of the Minsk agreements—exchange all for all. This should be done immediately.

Today, the entire Ukraine is together with Nadiya, her mother Mariya Ivanivna and sister Vira.

I believe that our common efforts will be successful. And the Hero of Ukraine, people's deputy of Ukraine, officer of the Ukrainian Armed Forces will come back home. We are waiting for her.

Glory to Ukraine!

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/zayava-prezidenta-ukrayina-nikoli-ne-viznaye-sudilisha-nad-n-36883>>

EU

Statement by High Representative/Vice-President Federica Mogherini on the sentencing of Nadiya Savchenko (23.03.2016)

Despite many calls, Ukrainian pilot Nadiya Savchenko has been sentenced yesterday.

We continue to add our voices to the many others worldwide calling on the Russian authorities to immediately and unconditionally release Nadiya Savchenko, on humanitarian grounds, and in keeping with the "Package of measures for the implementation of the Minsk agreements" and the commitment therein to release all hostages and detained persons related to the conflict in eastern Ukraine.

This is also the case for all the other Ukrainian citizens illegally detained in Russia, including Oleh Sentsov and Oleksandr Kolchenko, that need to be guaranteed a safe return to Ukraine.

Quelle: <http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2016/2016_03_23_en.htm>

USA

Russian Court's Unjust Verdict against Nadiya Savchenko

U.S. DEPARTMENT OF STATE

Office of the Spokesperson

For Immediate Release

March 22, 2016

STATEMENT BY JOHN KIRBY, SPOKESPERSON

The conviction and sentencing of Nadiya Savchenko to 22 years imprisonment show a blatant disregard for the principles of justice and contravene Russia's commitments under the Minsk agreements.

For nearly two years, Russia has unjustly detained Savchenko on charges that have no basis in fact and has denied her the basic protections of the rule of law. She has reportedly endured interrogation, solitary confinement, and forced “psychiatric evaluation.”

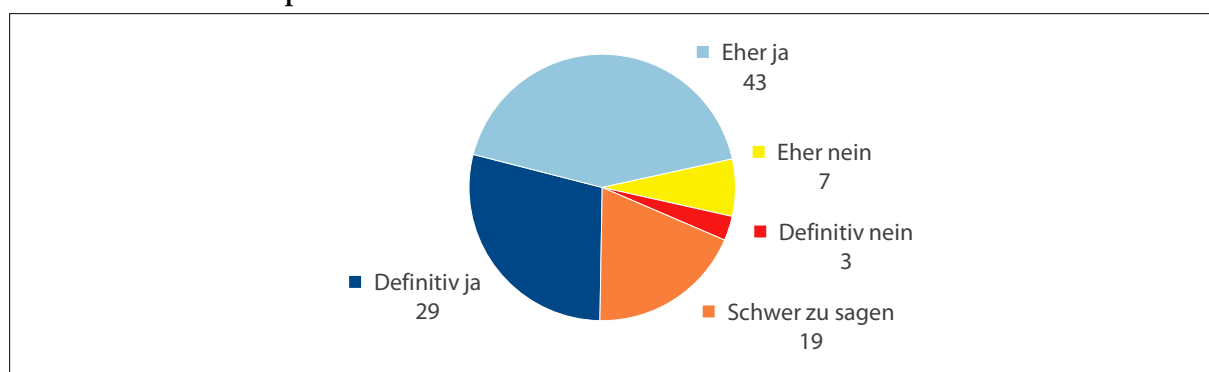
Nadiya Savchenko deserves to go home to her family and friends and to join her colleagues in the Rada in building a better future for their country. We reiterate our call on Russia to immediately release Nadiya Savchenko and other unlawfully detained persons.

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/savchenko-unjust-verdict-03222016.html>>

UMFRAGE

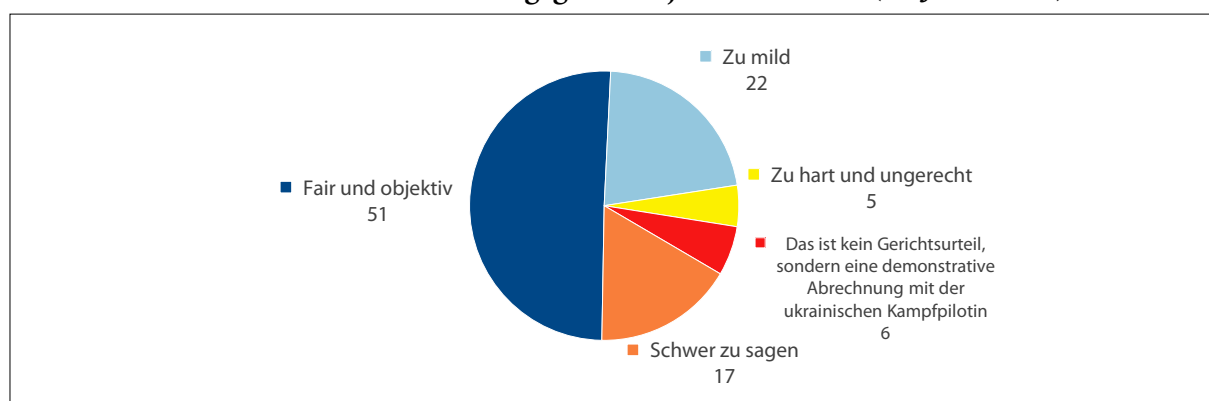
Haltung der russischen Bevölkerung zum Sawtschenko-Urteil

Grafik 1: Was glauben Sie, ist das Gerichtsverfahren gegen Nadija Sawtschenko gerecht, objektiv und unparteiisch?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums (N=1600) vom 25. bis 28. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/03/31/sud-nad-nadezhdoj-savchenko/>>

Grafik 2: Wie beurteilen Sie das Urteil gegen Nadija Sawtschenko (22 Jahre Haft)?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums (N=1600) vom 25. bis 28. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/03/31/sud-nad-nadezhdoj-savchenko/>>

Stellungnahmen der OSZE und der EU zu Gewalteskalation in der Ostukraine

OSCE Special Representative Erler on the situation in eastern Ukraine (09.04.2016)

BERLIN, 9 April 2016 - Gernot Erler, Special Representative of the Federal Government of Germany for the OSCE Chairmanship, today issued the following statement on OSCE reports of increasing violations of the ceasefire in eastern Ukraine and on the safety of OSCE monitors:

“The latest OSCE reports on increasing numbers of ceasefire violations and the presence of heavy weapons in the area of conflict in eastern Ukraine are worrying. I therefore call upon all sides to adhere to the agreements reached and to stop all fighting immediately. A sustainable ceasefire is urgently needed, not least in order to ensure progress at last in implementing the political obligations deriving from the agreements reached in Minsk.

I was particularly concerned at reports of a vehicle coming under fire and an SMM patrol being threatened at gunpoint in the separatist area. Attacks like this on civilian OSCE monitors are utterly unacceptable. All sides must finally and fully ensure monitors’ safety as well as their free and unrestricted access to the entire conflict area.”

Quelle: <<http://www.osce.org/cio/232306>>

Statement by the Spokesperson on the latest developments in eastern Ukraine (10.04.2016)

The significant increase of ceasefire violations in the Donetsk region represents an unprecedented level of violence since the sides recommitted to the ceasefire in 2015. We back the call by Special Representative of the Federal Government of Germany for the OSCE Chairmanship, Gernot Erler, and urge all sides to take steps to de-escalate the situation and to fully honour their commitments. A sustainable ceasefire is urgently needed, not least to ensure progress at last in implementing the political obligations from the Minsk agreements. The recent incidents of targeting the OSCE SMM monitors are unacceptable. We call on all sides to refrain from such actions.

The EU continues to support the independence, sovereignty and territorial integrity of Ukraine and the diplomatic efforts within the Normandy format and the Trilateral Contact Group aiming at complete implementation of the Minsk agreements. Security on the ground is indispensable for a lasting political solution.

Quelle: <http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2016/160410_01_en.htm>

UNO: Nach zwei Jahre Konflikt leiden 1,5 Millionen Menschen Hunger in der Ostukraine (04.04.2016)

Two years of conflict leaves 1.5 million people hungry in eastern Ukraine—UN agency

4 April 2016—The two-year long conflict in eastern Ukraine has left around 1.5 million people hungry, including almost 300,000 people who are severely food insecure and in need of immediate food assistance, the United Nations food relief agency said today.

“Two years of violence, shelling and fear have left an indelible mark on thousands of people in eastern Ukraine,” said World Food Programme (WFP) Country Representative Giancarlo Stopponi. “As the conflict continues, we need to reach these people urgently. We appeal to all parties of the conflict to facilitate full and unimpeded humanitarian access to people in need across the country.”

WFP aims to reach nearly 270,000 of the most vulnerable people with monthly food assistance over the first half of this year. Since November 2014, WFP has distributed emergency assistance to over half a million people in need, including 370,000 people who received monthly food packages and 180,000 people who received assistance through cash-based transfers in areas where markets are still functioning.

WFP will continue to provide cash-based transfers or food assistance to the most vulnerable among those affected by conflict.

People living in the non-government controlled area of Luhansk and near the conflict line are the most affected by food insecurity: over half of the population, in both the government-controlled area and non-government controlled area, experienced a complete loss or a significant reduction of income.

With no presence in Ukraine before the crisis, WFP now cooperates with other UN agencies to provide assistance to those who had to leave their homes, people returning home, and people still trapped in conflict hotspots.

Quelle: <<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=53602#.VwOdhEcpow4>>

7. März – 10. April 2016

07.03.2016	Außenminister Pawlo Klimkin fordert für die in diesem Jahr geplanten, im Minsker Friedensplan vereinbarten Wahlen in den »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk eine Polizeimission der OSZE, um die Sicherheit der Stimmabgabe zu gewährleisten. Da eine solche Entscheidung im Konsensverfahren getroffen werde, fordert er die an den Friedensgesprächen beteiligten Länder Deutschland und Frankreich auf, Druck auf Russland auszuüben, um es zur Zustimmung zu einer solchen Maßnahme zu bewegen.
07.03.2016	Die Beauftragte der EU für den Fall der in Russland angeklagten ukrainischen Kampfpilotin Nadija Sawtschenko fordert in einer Stellungnahme die sofortige Freilassung Sawtschenkos. Dies sei im Einklang mit den Minsker Vereinbarungen zur Freilassung aller Geiseln und Gefangener im Kontext des Konflikts im Donbass. Sawtschenko wird beschuldigt, am Tod zweier russischer Journalisten im Juli 2014 auf ukrainischem Territorium verantwortlich zu sein. Die Verteidigung besteht auf Sawtschenkos Unschuld. Die Staatsanwaltschaft hatte zuletzt 23 Jahre Haft gefordert. Sawtschenko befindet sich zurzeit in einem Hungerstreik.
08.03.2016	Nach der EU fordern auch die USA von Russland die sofortige Freilassung der ukrainischen Militärpilotin Nadija Sawtschenko auf. Unterdessen finden in Kiew, Lwiw, London und Moskau Kundgebungen zur Unterstützung der Angeklagten statt. In Moskau werden nach Angaben russischer Medien etwa 30 Personen vorübergehend verhaftet.
09.03.2016	Der Urteilsspruch im Verfahren gegen die ukrainische Kampfpilotin Nadija Sawtschenko wird auf den 21. März festgelegt. Sie ist in Russland der Beteiligung am Tod zweier russischer Journalisten in der Ukraine sowie des illegalen Grenzübertritts nach Russland angeklagt.
09.03.2016	Im westukrainischen Uschhorod an der Grenze zur Slowakei blockieren einige Dutzend Autofahrer den Grenzübergang. Sie protestieren damit gegen eine neue Regelung, nach der ukrainische Staatsbürger Autos mit ausländischem Kennzeichen nur für fünf Tage in der Ukraine nutzen dürfen.
09.03.2016	Der EU-Kommissar für Migration, Dimitris Avramopoulos, erklärt, dass die Ukraine sich auf einem guten Weg befinde, um die Abschaffung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger im Sommer 2016 zu erreichen.
10.03.2016	In der Nacht bewerfen drei Personen die russische Botschaft in Kiew mit Molotow-Cocktails. Alle drei werden festgenommen, ein Verfahren wird eröffnet.
10.03.2016	Ein angeblicher Brief des Präsidenten Petro Poroschenko an die in Russland vor Gericht stehende ukrainische Militärpilotin Nadija Sawtschenko stellt sich als Fälschung heraus. Zuvor hatte ihr Anwalt Mark Feygin eine Kopie des Briefes in sozialen Medien verbreitet und erklärt, dass Sawtschenko aufgrund der Bitten Poroschenkos ihren Hungerstreik beendet hatte. In dem Brief war Sawtschenko ein Posten in einer neuen ukrainischen Regierung in Aussicht gestellt worden.
10.03.2016	Die EU verlängert offiziell ihre Sanktionen, die sie im Jahr 2014 im Zuge des Konflikts in der Ostukraine gegen russische Firmen und Politiker erlassen hatte, um eine halbes Jahr bis September 2016.
11.03.2016	Die Ratingagentur Fitch belässt ihre Prognose für die Wirtschaftsentwicklung der Ukraine im Jahr 2016 bei einem Plus des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von einem Prozent. Im Jahr 2015 war das BIP um 11,6 Prozent zurückgegangen.
11.03.2016	In Kiew werden 79 Straßen und Plätze umbenannt, deren Namen unter das Gesetz zur so genannten »Dekomunisierung« fallen. Laut dem Gesetz müssen Straßennamen, die aus der Zeit der Sowjetunion stammen und mit der Ideologie oder zentralen Personen der Sowjetherrschaft verbunden sind, geändert werden.
11.03.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro lädt den stellvertretenden Chef des halbstaatlichen Energiekonzerns Ukrnafta zu einem Verhör vor. Er wird verdächtigt, Druck auf Regierungsmitglieder ausgeübt zu haben, um sie dazu zu bewegen, ungesetzliche Entscheidungen zu treffen.
12.03.2016	Die OSZE erklärt in einem Bericht, dass sie ihre Patrouillenbasis im Ort Staniza Luhanska aus Sicherheitsgründen vorübergehend schließe. Der Stützpunkt war am 26. Januar 2016 eröffnet worden. Gleichwohl seien die Verletzungen des Waffenstillstands im gesamten Gebiet Luhansk insgesamt stark zurückgegangen.
12.03.2016	Präsident Petro Poroschenko legt sein Veto gegen ein Gesetz zur Einführung eines elektronischen Registers für Gehälter von Staatsbeamten ein. In der vorliegenden Form hatte es nicht den Forderungen der EU entsprochen, die es zu einer Bedingung für die Abschaffung der Visapflicht erklärt hatte. Poroschenko fordert das Parlament auf, seine Änderungsvorschläge in der kommenden Woche einzuarbeiten.

14.03.2016	Sascha Borowik, Stellvertreter des Gouverneurs des Gebiets Odessa Michail Saakaschwili, erklärt in einem Interview, dass er gemeinsam mit Saakaschwili an der Gründung einer Mitte-Rechts-Partei arbeite. Wenig später dementiert Saakaschwili Borowiks Äußerungen. Beobachter erwarten jedoch, dass Saakaschwili sich stärker in die nationale Politik einmischen wird. Seit mehreren Monaten betreibt er bereits eine »Bewegung zur Säuberung«, die bisher vor allem durch die Organisation von Antikorruptionsforen auffällt.
14.03.2016	Der Polizeichef der Region Wynnyzia, Anton Schepzow, wird seines Amtes enthoben. Innenminister Arsen Awakow hatte die Chefin der neuen Nationalen Polizei, Chatia Dekanonidse, um diesen Schritt gebeten. Im Februar waren Fotos von Schepzow an die Öffentlichkeit gelangt, die ihn mit russischen Politikern und bei der Parade nach der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 zeigen. Ihm wird Separatismus vorgeworfen.
14.03.2016	Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zeigen sich besorgt über die Verabschiedung eines Gesetzes, das es Parteien erlaubt, die Besetzung von Parteilisten zu verändern, noch nachdem Wahlen auf Basis dieser Listen durchgeführt wurden. Dies entspreche nicht den europäischen Standards.
14.03.2016	Laut einigen Abgeordneten erklärt Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk auf einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden in Anwesenheit des Präsidenten Petro Poroschenko, er sei bereit, sein Amt niederzulegen. Dafür müsse es eine parlamentarische Mehrheit für einen Nachfolger geben, der ein Programm für das Jahr 2016 vorlegen müsse. Jazenjuk wird seit mehreren Wochen von verschiedenen Seiten nahegelegt, zurückzutreten. Ein Misstrauensvotum im Parlament überstand er jedoch, da nicht ausreichend Abgeordnete gegen ihn stimmten.
15.03.2016	Das Parlament veranschlagt für die Gehälter der Abgeordneten im Jahr 2016 eine Summe in Höhe von etwa 90 Millionen Hrywnja (etwa drei Millionen Euro). Die ist das Dreifache der Ausgaben des Jahres 2015.
15.03.2016	Das Parlament verabschiedet das Gesetz zur Einführung eines elektronischen Registers für Gehälter von Staatsbediensteten in der Version, die Präsident Petro Poroschenko am 12. März 2016 vorgeschlagen hatte. In der jetzigen Form erfüllt das Gesetz die Anforderungen der EU zur Abschaffung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger. Während der Debatte erklärt der Vorsitzende der Radikalen Partei, Oleh Ljaschko, dass die Ukraine als souveräner Staat ihre Gesetze nicht unter dem Druck von EU-Kommissaren verabschieden solle.
16.03.2016	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass die gegenwärtige Lage des Konflikts in der Ostukraine keine Hoffnung auf eine friedliche Lösung wecke, da noch immer Kämpfe stattfänden.
16.03.2016	In einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie sprechen sich 67 Prozent der Befragten dafür aus, die Krise im Donbass auf dem Weg diplomatischer Verhandlungen zu lösen. Für einen aktiveren Einsatz des Militärs stimmen dagegen nur 21 Prozent.
16.03.2016	Die neu eingerichtete Agentur für die Verhinderung von Korruption kann ihre Arbeit aufnehmen, nachdem die Kommission zur Wahl der Mitglieder zwei Kandidaten ausgewählt hat.
17.03.2016	EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker begrüßt bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die gesetzliche Einführung eines elektronischen Registers für die Bezüge von Staatsbediensteten und die Wahl der Mitglieder der Agentur zur Verhinderung von Korruption. Aufgrund dieser Fortschritte könne schon im April eine gesetzliche Grundlage für die Abschaffung der Visapflicht ukrainischer Staatsbürger geschaffen werden.
17.03.2016	Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman kündigt die Abstimmung über die Entlassung des Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin für den 29. März 2016 an. Schokin hatte bereits am 16. Februar 2016 sein Rücktrittsgesuch eingereicht.
18.03.2016	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, spricht sich dagegen aus, Wahlen in dem Gebiet nach ukrainischem Recht abzuhalten, wie es die Vereinbarungen von Minsk vorsehen. Er fordert stattdessen, die Wahlen ausschließlich nach den Standards der OSZE abzuhalten.
18.03.2016	EU-Ratspräsident Donald Tusk fordert Russland im Namen aller Staats- und Regierungschefs der EU dazu auf, die in Russland angeklagte ukrainische Pilotin Nadija Sawtschenko sowie den bereits verurteilten ukrainischen Regisseur Oleh Senzow freizulassen.
19.03.2016	In Lwiw kann ein »Festival für Gleichheit« mit Beteiligung von LGBT-Organisationen nicht wie geplant abgehalten werden. Zunächst hatte ein Gericht eine Kundgebung von LGBT-Organisationen am Opernhaus untersagt, weil zur selben Zeit dort eine Veranstaltung einer rechten Jugendorganisation stattfinden sollte, die ebenfalls untersagt wurde. Vor dem Hotel »Dnestr«, in dem einige Teilnehmer des Festivals einquartiert sind, versammeln sich später einige Dutzend junger Männer in Sportkleidung und Sturmhauben. Als das Hotel aufgrund einer anonymen Bombendrohung evakuiert wird, werden aus der Menge Steine auf die Aktivisten geworfen.
19.03.2016	Nachdem der bisherige Vorsitzende der rechtsradikalen Gruppierung Rechter Sektor im Dezember 2015 seinen Rücktritt erklärt hatte, wählt der Rechte Sektor mit Andryj Tarasenko einen neuen Vorsitzenden.

20.03.2016	Nach Angaben des russischen Wirtschaftsmagazins RBK fordert die russische Seite von der Ukraine eine Summe in Höhe von 3,137 Milliarden US-Dollar. Die Forderung ist Gegenstand eines Prozesses an einem Londoner Schiedsgericht. Es geht um einen Kredit in Höhe von 3,075 Milliarden US-Dollar, den Russland der Ukraine im Jahr 2013 gewährt hatte und den die Ukraine bisher nicht zurückgezahlt hat. Die Differenz seien »Strafzinsen« für die verspätete Rückzahlung.
21.03.2016	Der Beauftragten des Präsidenten für Fragen der friedlichen Beilegung des Konflikts im Donbass, Iryna Heraschtschenko, wird die Einreise nach Russland für fünf Jahre verboten. Dies habe ihr ein Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB mitgeteilt, als sie für den Prozess gegen die ukrainische Pilotin Nadija Sawtschenko nach Russland einreisen wollte.
21.03.2016	Der parlamentarische Ausschuss für Menschenrechte und nationale Minderheiten verurteilt die Ereignisse in Lwiw vom 19. März 2016 scharf. Dort konnte ein »Festival für Gleichheit« unter Beteiligung verschiedener LGBT-Organisationen aufgrund von Störungen durch eine aggressive Menschenmenge nicht wie geplant durchgeführt werden.
21.03.2016	Die Untersuchungshaft der im Jahr 2015 in der Ukraine festgenommenen ehemaligen Angehörigen des russischen Militärgeschwändienstes GRU Aleksander Alexksandrow und Ewgenij Erofeew wird bis zum 19. Mai 2016 verlängert. Ein Anwalt Aleksandrows war vor einigen Tagen verschwunden, bislang ohne jede Spur.
21.03.2016	Präsident Petro Poroschenko verleiht der Witwe des im Jahr 2000 ermordeten Journalisten Georgij Gongadse die Ehrung »Held der Ukraine«. Gongadse hatte diesen Titel postum bereits im Jahr 2005 erhalten.
22.03.2016	Die ukrainische Kampfpilotin Nadija Sawtschenko wird von einem russischen Gericht zu 22 Jahren Haft und einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Rubeln (etwa 395 Euro) verurteilt. Das Gericht spricht sie in allen Punkten der Anklage schuldig. Sie habe am 17. Juli 2014 die Position von Zivilisten an den Anführer des Freiwilligenbataillons Ajdar weitergegeben, der daraufhin Artilleriefeuer anordnete. Bei dem Angriff seien zwei russische Journalisten getötet worden. Sawtschenko, so die Anklage, habe aus Hass auf die russischsprachige Zivilbevölkerung gehandelt, die die Abspaltung der zuvor ausgerufenen »Volksrepublik Luhansk« unterstützt habe. Unmittelbar nach dem Schuldspruch erklärt Präsident Petro Poroschenko, er sei bereit, Sawtschenko gegen die beiden in der Ukraine angeklagten ehemaligen Mitarbeiter des russischen Militärgeschwändienstes GRU auszutauschen. Dmitrij Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, erklärt daraufhin, dass die Entscheidung bei Putin liege.
22.03.2016	Die Finanzministerin Natalja Jaresko erklärt, sie sei bereit, eine Technokratenregierung als Ministerpräsidentin anzuführen. Die politische Krise sei nur durch eine Regierung aus unabhängigen Managern zu lösen, die keine politische Vergangenheit und keine Verbindung zu Oligarchen oder Politikern haben. Über eine Kandidatur Jareskos war zuvor bereits spekuliert worden, sie hatte sich jedoch bisher dazu nicht geäußert.
23.03.2016	Russland erkennt die ukrainische Staatsbürgerschaft der im Sommer 2015 verurteilten Ukrainer Oleg Senzow und Oleksandr Koltschenko an. Zuvor hatte es über ihre Staatsangehörigkeit offiziell Unklarheit gegeben. Die ukrainische Staatsbürgerschaft ist Voraussetzung dafür, dass Russland sie im Zuge eines Gefangenaustauschs im Rahmen des Minsker Abkommens in die Ukraine ausliefern kann.
24.03.2016	Ein Mitarbeiter des UN-Generalsekretariats erklärt auf einer Konferenz in Genf, der Konflikt in der Ostukraine habe bisher über 9.000 Menschen das Leben gekostet. Über 21.000 weitere seien verletzt worden.
24.03.2016	Japan stellt der Ukraine einen Hilfskredit in Höhe von 331 Millionen US-Dollar für die Entwicklung des Finanzsektors zur Verfügung.
24.03.2016	Der stellvertretende Generalstaatsanwalt David Sakwardlidse gibt bekannt, dass Kollegen, die seit Monaten damit befasst sind, einen besonders öffentlichkeitswirksamen Korruptionsfall in der Behörde aufzuklären, zurzeit entlassen werden. Er betont, dass Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin in den Fall verwickelt sei. Schokin hatte sich zuvor geweigert, über die Entlassungen Auskunft zu geben. Sakwardlidse beschuldigt ihn, die der Korruption beschuldigten Staatsanwälte zu decken. Schokin hatte bereits im Februar nach Aufforderung des Präsidenten Petro Poroschenko sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das Parlament hat jedoch noch immer nicht darüber abgestimmt.
25.03.2016	Jurij Grabowskij, der Anwalt eines der beiden in der Ukraine angeklagten ehemaligen Angehörigen des russischen Militärgeschwändienstes GRU, wird tot aufgefunden. Er war vor etwa einer Woche im Gebiet Odessa verschwunden. Am Abend geben die Sicherheitsbehörden bekannt, dass zwei Tatverdächtige festgenommen worden seien.
26.03.2016	Der Konflikt zwischen Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin und seinem Stellvertreter Dawid Sakwardlidse weitet sich aus. Die Mehrheit der Vorsitzenden der lokalen Staatsanwaltschaften im Gebiet Odessa, wo Sakwardlidse der regionalen Staatsanwaltschaft vorsteht, unterzeichnet einen Brief zur Unterstützung Schokins. Sakwardlidse hatte diesem zuvor vorgeworfen, Korruptionsfälle im eigenen Haus zu decken und Beamte zu entlassen, die diese Fälle aufklären wollten. Schokin hatte im Februar 2016 sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das Parlament hat jedoch noch nicht darüber entschieden. Den Brief nennt Sakwardlidse eine »kollektive Denunziation«.

27.03.2016	In Krywyj Rih wird die Neuwahl zum Bürgermeister der Stadt abgehalten. Das Ergebnis der Stichwahlen vom 17. November 2015 war annulliert worden, nachdem der Kandidat des Oppositionsblocks mit einer Mehrheit von nur 752 Stimmen vor dem Kandidaten der Partei Selbsthilfe gewonnen hatte. Die Partei Selbsthilfe hatte daraufhin Fälschungen beklagt. Am heutigen Wahltag meldet die Wahlbeobachterorganisation OPORA, dass erneut einige Unregelmäßigkeiten beobachtet worden seien.
28.03.2016	Die neu eingerichtete Agentur für die Verhinderung von Korruption erhält mit Natalja Kortschak eine Vorsitzende. Sie ist Dozentin an der Nationalen Akademie der Staatsanwaltschaft. Die Wahl eines Vorsitzenden der Agentur war die letzte Bedingung der EU, die die Ukraine im ersten Quartal 2016 für die Fortsetzung der Visa-liberalisierung erfüllen musste.
28.03.2016	Die russische Zeitung The New Times veröffentlicht Dokumente, aus denen hervorgeht, dass die im April 2015 in der Ukraine festgenommenen ehemaligen Angehörigen des russischen Militärgeheimdienstes GRU bereits vor ihrer Festnahme aus dem Dienst entlassen wurden. Nach Angaben der Zeitung hatte Jurij Grabowskij, der kürzlich ermordete Anwalt der beiden, diese Dokumente kurz vor seinem Tod der Zeitung zugespielt. Beide sind in der Ukraine wegen illegalen Grenzübertritts sowie der Beteiligung an einer terroristischen Organisation angeklagt.
28.03.2016	Die städtische Wahlkommission in Krywyj Rih erklärt nach Auszählung aller Stimmen den Kandidaten des Oppositionsblocks, Jurij Wilkul mit 75 % der Stimmen zum Sieger der wiederholten Bürgermeisterwahl. Im Oktober 2015 hatte Wilkul die Stichwahl knapp für sich entschieden, nach Vorwürfen der Wahlfälschung waren die Ergebnisse jedoch annulliert und Neuwahlen ausgerufen worden.
28.03.2016	Präsident Petro Poroschenko kündigt einen zusätzlichen Kredit aus den USA in Höhe von einer Milliarde US-Dollar und einen weiteren Hilfskredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von drei Milliarden US-Dollar an. Für die Gewährung der Mittel müsse die fortdauernde Regierungskrise schnell gelöst werden, möglicherweise durch eine Um- oder Neubildung der Regierung.
29.03.2016	Am Tag, an dem das Parlament über das Rücktrittsgesuch des Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin berät, entlässt Schokin seinen Stellvertreter Dawid Sakwarelidse. Seitdem dieser im Februar 2016 Schokin vorgeworfen hatte, einen Korruptionsskandal in der Staatsanwaltschaft vertuschen zu wollen, standen beide im Konflikt. Sakwarelidse war im September 2015 als »Reformer« eingestellt worden. Präsident Petro Poroschenko erklärt, die Entlassung sei mit ihm nicht abgesprochen gewesen.
29.03.2016	Das Parlament stimmt mit 289 Ja-Stimmen für die Entlassung des Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin. Damit wird sein Rücktrittsgesuch bestätigt. Ihm wurde vorgeworfen, wichtige Korruptionsfälle aus der Janukowytsh-Zeit bewusst verschleppt zu haben. Präsident Petro Poroschenko hatte ihn am 16. Februar zum Rücktritt aufgefordert.
29.03.2016	Das staatliche Statistikamt meldet, dass das durchschnittliche Realeinkommen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8 % gesunken sei. Im Vergleich zum Januar 2016 habe es allerdings einen Anstieg um 5 % gegeben.
30.03.2016	Das Finanzministerium prognostiziert für 2017 einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 3 % bei einer Inflationsrate von 8 %.
30.03.2016	In einer Umfrage der Firma »Rating«, die in 24 ukrainischen Städten durchgeführt wurde, sprechen sich 57 % der Befragten für einen Beitritt zum Wirtschaftsraum der EU aus, 14 % hingegen sind für einen Beitritt zur Zollunion von Russland, Kasachstan und Belarus. Befragt nach ihrer Wahlabsicht bei einem Referendum über einen NATO-Beitritt erklären 44 % ihre Zustimmung, 27 % sind dagegen, 11 % würden nicht wählen, 18 % sind unentschieden.
30.03.2016	Die Regierung verlängert die Auszahlung staatlicher Subventionen für die Erdgaspreise der Endverbraucher um einen Monat bis zum 1. Mai 2016.
30.03.2016	Präsident Petro Poroschenko unterschreibt einen Erlass, der Sanktionen gegen eine Reihe von russischen Beamten in Kraft setzt, die an der Verhaftung und Verurteilung der ukrainischen Staatsbürger Nadija Sawtschenko, Oleh Senzow und Oleksandr Koltschenko beteiligt sind.
31.03.2016	Bei seinem Staatsbesuch in den USA fordert Präsident Petro Poroschenko die westlichen Staaten dazu auf, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Nur ein in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht starker Staat könne Aggressionen widerstehen, erklärt er in Washington.
31.03.2016	Das Magazin Forbes-Ukraina veröffentlicht sein jährliches Ranking der reichsten Ukrainer. Die Liste wird weiterhin von dem ostukrainischen Unternehmer Rinat Achmetow mit einem Vermögen von 2,3 Milliarden US-Dollar angeführt. Er habe jedoch wegen des Preisverfalls von Metall im vergangenen Jahr einen Verlust von 4,6 Milliarden US-Dollar erlitten. Präsident Petro Poroschenko hingegen, der im Ranking auf dem achten Platz liegt, habe im vergangenen Jahr sein Vermögen um etwa 100 Millionen US-Dollar auf etwa 860 Millionen US-Dollar gesteigert.

31.03.2016	Präsident Petro Poroschenko spricht sich gegen die Aussetzung der diplomatischen Beziehungen der Ukraine mit Russland aus. Die Radikale Partei hatte eine entsprechende Verfügung ins Parlament eingebracht.
01.04.2016	US-Präsident Barack Obama und Vizepräsident Joe Biden bekräftigen die Äußerung Poroschenkos vom 28. März 2016, wonach eine zügige Neubildung einer Regierung die dritte Tranche eines Kredits in Höhe von einer Milliarde US-Dollar freisetze. Bedingung sei die Zusammenarbeit der neuen Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds.
01.04.2016	Die Weltbank prognostiziert für das Jahr 2016 eine Inflation von 15 % und für das Jahr 2017 eine Inflation von 11 %.
02.04.2016	Bei einer Trauerveranstaltung für die Opfer der Brandkatastrophe in Odessa im Mai 2014, bei der mehrere Dutzend Demonstranten – vorrangig Gegner des Euromaidan – getötet worden waren, wird ein Teilnehmer durch eine Explosion verletzt. Nach Angaben der Nachrichtenagentur UKRINFORM sei in einer der Leuchten ein Sprengsatz versteckt gewesen.
03.04.2016	Nach Angaben einer Nachrichtenagentur der »Volksrepublik Luhansk« kommen im Gebiet Luhansk zwei Zivilisten ums Leben, als ihr Auto über eine Mine fährt.
03.04.2016	Die Partei Selbsthilfe schließt Jurij Miloboh aus der Partei aus. Miloboh war Kandidat der Partei bei den Bürgermeisterwahlen der Stadt Krywyj Rih im November 2015 gewesen und hatte knapp gegen den Kandidaten des Oppositionsblocks, Jurij Wilkul, verloren. Die Wahlen wurden wegen Unregelmäßigkeiten wiederholt, Miloboh trat jedoch nicht erneut an. Der neue Kandidat der Partei Selbsthilfe verlor bei den am 27. März 2016 nachgeholt Wahlen deutlich gegen Wilkul. Die Partei wirft Jurij Miloboh vor, mit Wilkul eine Absprache getroffen und gegen eine Zahlung auf eine erneute Kandidatur verzichtet zu haben.
03.04.2016	In den sogenannten »Panama Papers«, den von einem internationalen Journalistenverbund ausgewerteten Akten eines in Panama angesiedelten Beratungsunternehmens, geht die Beteiligung zahlreicher Ukrainer an Offshore-Firmen hervor. Darunter sind der ehemalige Ministerpräsident Pawlo Lasarenko und die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Auch Präsident Petro Poroschenko soll Anteile an Offshore-Firmen besitzen.
04.04.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro, das für Ermittlungen gegen der Korruption verdächtige hohe Beamte zuständig ist, erklärt, es werde die in Informationen der »Panama Papers« über die dort genannten ukrainischen Politiker überprüfen und gegebenenfalls ermitteln. Gegen einen amtierenden Präsidenten könne aus gesetzlichen Gründen jedoch nicht ermittelt werden. Ein Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft erklärt unterdessen, die Medieninformationen über die Offshore-Firmen des Präsidenten Petro Poroschenko lieferten keine Anhaltspunkte für eine mögliche Verletzung ukrainischer Gesetze durch den Präsidenten.
04.04.2016	Die im März 2016 in Russland zu 22 Jahren Haft verurteilte ukrainische Kampfpilotin Nadija Sawtschenko erklärt, keine Beschwerde gegen das Urteil einzulegen. Sie lässt ihre Anwälte erklären, dass dies »Zeitverschwendung« sei. Die Verteidigung hofft auf einen baldigen Austausch Sawtschenkos gegen in der Ukraine inhaftierte russische Staatsbürger.
05.04.2016	Die Fraktionsvorsitzende der Partei Vaterland, Julia Tymoschenko, erklärt, dass ihre Partei sich nicht weiter an den Gesprächen zur Bildung einer neuen Regierung beteiligen werde und stattdessen in die Opposition wechsele.
06.04.2016	Präsident Petro Poroschenko distanziert sich von den übrigen ukrainischen Politikern, deren Namen in den »Panama Papers« auftauchen. Er habe die Offshore-Firma Prime Asset Partners Ltd. nicht gegründet, um Steuern in der Ukraine zu sparen, sondern um Firmenanteile in die Obhut einer Bank zu transferieren. Die Transaktion sei vollständig öffentlich gewesen.
06.04.2016	Präsident Petro Poroschenko kündigt eine Gesetzesreform an, die es für ukrainische Unternehmer zukünftig unmöglich machen soll, Offshore-Konten zu verwenden.
06.04.2016	In den Niederlanden wird ein nicht-bindendes Referendum über die Ratifikation des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine abgehalten. Bei einer Wahlbeteiligung von 32 % spricht sich eine Mehrheit von 61 % gegen das Abkommen aus. Das Parlament ist nun verpflichtet, sich noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen. Das Referendum war von einem Zusammenschluss EU-kritischer Initiativen angeregt worden.
07.04.2016	Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte erklärt, dass man den Prozess der Ratifizierung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine nicht unverändert fortführen könne. Man werde die nächsten Schritte mit den anderen Mitgliedsstaaten beraten.
08.04.2016	Nach Angaben einer russischen Nachrichtenagentur beauftragt das russische Justizministerium eine untergeordnete Behörde damit, einen Gefangenen austausch zwischen Russland und der Ukraine vorzubereiten. Dabei sollen auch die in Russland inhaftierten ukrainischen Staatsbürger Oleh Senzow und Oleksandr Koltchenko berücksichtigt werden. Beide waren wegen der Beteiligung an terroristischen Aktivitäten auf der Krim zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Sie hatten stets ihre Unschuld beteuert.

09.04.2016	In Donezk versammeln sich einige tausend Menschen zu einer Kundgebung zum »Tag der Ausrufung der »Volksrepublik Donezk«.
09.04.2016	Das Außenministerium wirft den russischen Behörden vor, das Leben der in Russland inhaftierten ukrainischen Kampfpilotin Nadija Sawtschenko zu gefährden. Sie war einige Tage nach ihrer Verurteilung im März 2016 in einen trockenen Hungerstreik getreten – ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich zusehends. Sie fordert eine Auslieferung an die Ukraine. Ukrainische Politiker haben mehrfach ihre Bereitschaft zu einem solchen Gefangenenaustausch erklärt. Entsprechende Schritte sind bisher jedoch nicht eingeleitet worden.
09.04.2016	Nördlich der von den Separatisten kontrollierten Stadt Horliwka gerät eine Patrouille der OSZE-Beobachtermission kurzzeitig unter Feuer. Kein Angehöriger der Mission wird verletzt.
10.04.2016	Nachdem die Zahl der Verletzungen des Waffenstillstands in den vergangenen Wochen wieder deutlich angestiegen waren, ruft die EU beide Seiten des Konflikts in der Ostukraine dazu auf, die Feuerpause einzuhalten.
10.04.2016	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk reicht seinen Rücktritt ein. Er erklärt, seine Regierung habe wichtige Reformen begonnen und das Land auf einen unumkehrbaren Weg zur Europäischen Integration geführt. Seine Partei Volksfront bleibe Teil der Regierungskoalition und werde die Arbeit fortsetzen. In der Vergangenheit hatte Jazenjuk deutlich an Unterstützung verloren – sowohl in der Bevölkerung als auch unter den Spitzenpolitikern, einschließlich Präsident Petro Poroschenko. Dieser kündigt am Abend für Dienstag, den 12. April 2016 eine Parlamentssitzung an, bei der ein neuer Regierungschef gewählt werden soll. Die Fraktion des Blocks Petro Poroschenko, die zusammen mit der Fraktion der Partei Volksfront die einzigen verbliebenen Mitglieder der Regierungskoalition sind, hatte bereits als Nachfolger den jetzigen Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman ins Spiel gebracht. Poroschenko bekräftigt diesen Vorschlag.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

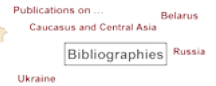
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php